

Münchener Stadtgespräche

www.muenchner-stadtgespraeche.de

Nr. 48/49 Mai 2008



MÜNCHNER AGENDA 21



münchen feiert.
wie nachhaltig ist die stadt?

850

Eine runde Sache

Das Programm zum 850. Stadtgeburtstag

Es wird das Fest des Sommers 2008: Die Stadt feiert von Mai bis September ihren 850. Geburtstag. Dass im Programm von glanzvollen Abenden und rauschenden Partys, Hochkultur und Volkskunst, Musik, Theater und Spiel, Bayerisches und Internationales auch das Thema Umwelt unterhaltsam und lohnenswert repräsentiert ist, dafür sorgen verschiedene Referate der Münchner Stadtverwaltung, darunter das Referat für Gesundheit und Umwelt mit seinen Partnerinnen und Partnern. Hier eine Auswahl:

Schon Ende April pflanzte die städtische Forstverwaltung am Tag des Baumes in Deutschland zusammen mit 850 Schülerinnen und Schülern und dem Schulreferat der Landeshauptstadt München 850 Eichen und Linden auf einer Fläche neben dem Riemer Wald. Diese Pflanzaktion anlässlich des Stadtgeburtstages steht auch unter dem Motto „Bäume pflanzen gegen den Klimawandel“.

Stichwort Klima: München ist aktives Mitglied im Klima-Bündnis europäischer Städte mit den Völkern des Amazonas. Ein wichtiger Aspekt ist die Partnerschaft mit dem Volk der Ashaninka im zentralen Regenwald Perus. Über die aktuellen Bedrohungen des Regenwaldes, die Anstrengungen der indigenen Völker zum Erhalt der

grünen Lunge und wie die Unterstützung Münchens ankommt, darüber berichten die Delegierten der Ashaninka aus erster Hand am 3. Juni im Münchner Rathaus.

Neben ihrer heimatgeschichtlichen Bedeutung haben die Münchner Friedhöfe auch im Stadtklima eine wichtige Funktion – Anlass genug für den Bezirksausschuss 2 (Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt) und das Referat für Gesundheit und Umwelt, den Alten Südfriedhof entsprechend zu würdigen und für die Geburtstagsfeier „in Szene zu setzen“: Wer waren denn die Herren Reichenbach, Baader, Fraunhofer, Gärtner, Klenze oder Gabelsberger, nach denen Münchner Brücken, Plätze oder Straßen benannt sind? Hinter den großen Namen verbergen sich hochinteressante Lebensgeschichten, und ihr Wirken reicht oft weit über Stadt- und Landesgrenzen hinaus. Es ist verblüffend, wie viele bedeutende Persönlichkeiten nun im Stadtzentrum vereint auf dem Alten Südfriedhof ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. 40 dieser großen Geister werden am 6. und 7. Juni in spannend-unterhaltsamen Theaterszenen lebendig (Regie/Projektleitung Klaus J. Neumann, Autorin Johanna Stephan). Auch Komponisten wie Lachner, Böhm oder Aiblinger sind darunter. Ihre Werke bringen Musiker des Gärtnerplatztheaters zum Klingen.

Kurzweilige, thematische Internet-Spaziergänge bietet die Website der Münchner Friedhöfe ab Mitte des Jahres an. In dem ersten virtuellen Spaziergang kann man sich dann aus besonderer Perspektive über die Architektur der Münchner Friedhöfe informieren. Themenspaziergänge wie „Menschen“, „Ökologie und Natur“ werden folgen. (www.muenchen.de/friedhof) Getreideacker, Getreiderad, Powerkörner vom Ökobauern, Backen,

„Heute schon gebuttert?!“, „Und das gibt’s oben drauf“ – das sind die Stationen beim Altstadtringfest am Wochenende 19. und 20. Juli auf dem Abschnitt Thomas-Wimmer-Ring („München der Kinder und Familien“) unter dem Motto „Back ma’s – Aktionen rund ums Brot“. Hier präsentiert sich die „Biostadt München“ mit Partnerinnen und Partnern.

Gemeinsam mit der Landeshauptstadt ruft die ARD-Serie Lindenstraße für Sonntag, 17. August, zum großen Umwelt-Aktionstag in München auf. Von 14 bis 22 Uhr gibt es auf dem Marienplatz ein vielfältiges Programm mit Infoständen zahlreicher Umweltinitiativen, mit Live-Musik und natürlich den Schauspielerinnen und Schauspielern der „Lindenstraße“. Ziel ist es, das Bewusstsein für Umwelt- und Klimaschutz zu schärfen. Das Besondere: Bereits mehrere Wochen vor dem Umwelttag wird die Aktion innerhalb der Serienhandlung der Lindenstraße entwickelt und vorbereitet. In der Folge vom 17. August spielt dieser Umwelttag dann eine zentrale Rolle.

Mit dem späten Termin 19. September als Veranstaltungstag hat die beliebte Nacht der Umwelt, die heuer zum sechsten mal stattfindet, die Aufnahme ins offizielle Geburtstagsprogramm, das Mitte September endet, knapp verfehlt. Um so abwechslungsreicher und kurzweiliger wird das Programm, das einen Blick in das nächtliche Umwelt-Geschehen in München erlaubt (www.muenchen.de/rgu).

*Henrik Jörgens,
Referat für Gesundheit und Umwelt der LHM*

Info

Die Internet-Adresse zum 850. Stadtgeburtstag mit allen Informationen: www.muenchen850.de



Grußwort

Mein München, dies ist nichts weniger, als der Versuch einer persönlichen Liebeserklärung. An eine Stadt, die uns jeden Tag aufs neue fasziniert und inspiriert, uns fordert und herausfordert, uns erschreckt und bisweilen auch zurückweist, um uns dann nur umso stärker anzuziehen. Es ist meine Stadt, Ihre Stadt, unsere Stadt – München. Die Stadt, die für mich in 40 Jahren nichts von ihrem unnachahmlichen, reizvollen, geheimnisvollen, ja, im ursprünglichsten Sinn des Wortes eigenartigen und ganz sicher einzigartigem Charme verloren hat. Dies teile ich mit vielen Menschen in dieser Stadt, die begleitet werden von ihren Träumen und Visionen, ihren Ängsten und Sorgen, ihrer Freude und ihrem Leid, ihren Wünschen und Hoffnungen, ihrem Alltag. Sie „erleben“ eine Stadt, die Raum eröffnet für die Entfaltung ihrer Lebensbahnen und gleichzeitig auch den Rahmen bietet für ein tolerantes und bürgerschaftliches Zusammenleben. Die Platz schafft für die Bewahrung überbrachter und liebgegener Traditionen und zugleich Startrampe ist für den Aufbruch in neue und unerforschte Welten. Eine Stadt, der es in einem Atemzug gelingt, wirtschaftliche Entwicklungen voranzutreiben und natürliche Lebensgrundlagen zu sichern. Deren (Ur-) EinwohnerInnen vielem Neuen, Fremden und Unbekannten zuerst oft genug mit einer natürlichen Portion Skepsis gegenüberstehen und denen bewundernswerter Weise trotzdem immer wieder ein Ausgleich gelingt zwischen Zukunft und Bewährtem. Die miteinander reden, übereinander schimpfen und voneinander lernen. Eine Stadtgesellschaft, die sich ehrgeizige Ziele auf die Agenda für das 21. Jahrhundert gesetzt hat, wie beispielsweise für den Klimaschutz, und diese auch nachhaltig verfolgt. Dabei seit Jahren kritisch begleitet und gefördert durch die „Münchner Stadtgespräche“. Lassen Sie uns auch künftig miteinander reden und gemeinsam handeln – für ein lebens- und liebenswertes München! Happy Birthday, München, und alles Gute für die Zukunft!



Hep Monatzeder
Bürgermeister

Inhalt

04 Zugeständnisse an eine Großstadt

Stadtbaurätin Elisabeth Merk im Interview

06 Die Vermarktungsmaschinerie

Münchner Wohnungsbau in der Sackgasse?

08 Tunnelblick

Kommt der zweite S-Bahn-Tunnel?

10 Die City-Maut

In London funktioniert's

11 Angst vor der Freiheit

Wie Kinder am besten lernen

12 Wochenlang in der Turnhalle?

Von der Gründung einer Montessorischule

14 Der Teufel steckt im Detail

Wie behindertengerecht ist München?

15 Nachhaltige Stadt (gesellschaft)?

Ein Feld der Symbolpolitik für die Agenda-Bewegung

18 Nur Mut!

Plädoyer für einen Bürgerhaushalt

20 Unser täglich Brot

Von Tiefkühl-Ware und Öko-Laiben

22 Es ist deine Stadt. Grab sie um!

Urbane Landwirtschaft in München

23 Bio ja – Gentechnik nein

Weichenstellungen für Landwirtschaft und Ernährung

24 Öko-Strom für alle!

Die Stadtwerke haben ehrgeizige Ziele

26 Der Kampf um die lukrativen Patienten

Gesundheitsversorgung in München

28 Zwiespältige Bilanz

Gender Mainstreaming

30 Auf großem Fuß

Wir verbrauchen zu viel Natur

31 Die unter der Brücke leben

Obdachlosigkeit in der Landeshauptstadt

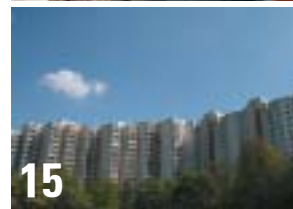
32 Impressum, Kontakte, Termine



04



08



15



22



24



Zugeständnisse an eine Großstadt

Wie entwickelt sich München, wie werden wir in Zukunft wohnen? Fragen an die Stadtbaurätin Elisabeth Merk.

Münchner Stadtgespräche: Frau Merk, in Freiham im Münchner Westen entsteht ein neuer Stadtteil, für ein paar tausend Wohnungen ist auf einigen Bahnflächen und ehemaligen Kasernen noch Platz – und dann ist die Stadt ziemlich dicht, was den Wohnungsbau betrifft. Welche Perspektive gibt es für die Stadtentwicklung?

Elisabeth Merk: Wir erarbeiten derzeit ein Konzept für die langfristige Siedlungsentwicklung der Stadt München, das genau da ansetzt. Es geht dabei nicht nur um die neuen Flächen, die man suchen muss, um etwas zu entwickeln, sondern auch um einen sehr sorgfältigen Blick auf das Bestehende. Das ist eine der ganz großen Herausforderungen. Denn von den etwa 7000 Wohnungen, die wir jährlich produzieren, genehmigen wir 50 Prozent im Bestand. Ich denke, man muss sich auch die Frage stellen, an welchen Standorten wir vielleicht über Aufstockungen diskutieren können und ob es ein neues gestalterisches Hochhauskonzept für die Stadt geben kann – ich meine schon.

Sie haben vor einiger Zeit gesagt, dass Sie eine kulturelle Auseinandersetzung über Dichte und Urbanität führen möchten und dass die Grünflächen in der Stadt reduziert werden müssen.

Es ist die Crux ihrer Zunft, dass wenn man etwas ehrlich formuliert, es sofort in eine böse Schlagzeile umgedeutet wird.

Sagen Sie, wie es gemeint ist.

Die kulturelle Auseinandersetzung mit Dichte habe ich deshalb angesprochen, weil ich glaube, so etwas wie die Werkbundsiedlung – also wesentlich mehr Menschen auf ein und derselben Fläche – kann man nur bauen, wenn es auch auf der kulturellen Ebene eine Akzeptanz bekommt. Und ich ärgere mich immer, wenn bei Podiumsdiskussionen von Urbanität gefaselt wird. Man stellt sich dann das urbane Leben in Istanbul oder Rom im Sommer vor, wenn man Urlaub hat und im Café sitzt. Aber kein Mensch stellt sich vor, was das bedeutet, wenn ich im Erdgeschoss einer viel belebten Straße ganz normal leben muss. Urbanität muss man auch aushalten. Aber Nachverdichtung um jeden Preis ist jetzt auch nicht mein Credo.

Den geplanten Bau der Werkbundsiedlung auf dem Gelände der ehemaligen Luitpoldkaserne hat der Stadtrat im vergangenen Jahr gegen Ihren Wunsch gestoppt. Das Ganze sollte ein Gegenentwurf zu den oftmals tristen Neubausiedlungen sein, ist aber daran gescheitert, dass die Planung wenig nachhaltig war. Wie geht es weiter?

Wir haben die Fläche erweitert und dadurch auch einen größeren Spielraum, um kleinere Einheiten hinterher dann lose entwickeln und vermarkten zu können. Von der inhaltlichen Zielstellung bin ich überzeugt, dass wir dem ökologischen Thema einen ganz großen Vorrang einräumen sollten. Ich glaube, die Werkbundsiedlung in ihrer Konstellation ist auch deshalb gescheitert, weil man ein Modellprojekt für zehn verschiedene Aspekte wollte: das Modellprojekt für kostensparendes Bauen, das Modellprojekt für soziale Nachbarschaften – die ganze Palette, und das ist einfach unrealistisch. Man muss einen Schwerpunkt setzen. Vielleicht könnte es jetzt die ökologische Modellsiedlung für München werden.

Das schon angesprochene Freiham hat eine vergleichbare Dimension wie die Messestadt Riem, wo insbesondere in den ersten Bauabschnitten nicht alles sonderlich glücklich gelaufen ist. Welche konkreten Lehren hat die Stadtplanung gezogen?

Ich denke, man hat insoweit Lehren gezogen, als dass man die Qualität eines Stadtteils sichtbar machen muss. Warum sollte ich nach Freiham ziehen? Ein Grund könnte sein, dass man dort einen wirklich attraktiven Stadtrand hat, der ökologischen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Und ich wür-



de mir wünschen, dass wir Freiham relativ gleichmäßig vom Stadthaus und Einfamilienhaus bis hin zum geförderten Geschosswohnungsbau entwickeln. Damit da nicht isolierte Teile rumstehen und man sich fragt: Da soll ich jetzt hinziehen?

Werden in Freiham Genossenschaftswohnungen in erwähnenswerter Zahl entstehen?

Das würde ich mir wünschen, und das ist ja auch Zielstellung. Und ich stelle mir – soweit man das realisieren kann – ein flexibles Vorgehen in den Bebauungsplänen vor, was ab einem bestimmten Zeitpunkt ein Mitspracherecht der Nutzer und Bauer eben solcher Genossenschaften stärken könnte.

Eine der Leitlinien Ihres Referats lautet, dass Wohnen in der Innenstadt nicht nur einkom-

mensstarken Bevölkerungsgruppen offen stehen soll, sondern auch Familien aus allen sozialen Schichten. Ein frommer Wunsch, wenn man sich die Lenbach Gärten in der Maxvorstadt anschaut oder die Planungen für das Gelände des Süddeutschen Verlages, wo der Quadratmeter Wohnfläche bis zu 11.000 Euro kosten soll.

Nein, das sehe ich nicht so. Natürlich gibt es sehr spektakuläre Beispiele wie den Süddeutschen Verlag, den Alten Hof und zum Teil auch die Lehnbach Gärten. Aber es gibt ja auch andere. Nehmen Sie die Alte Messe, eine höchst renommierte Lage von großer Qualität mit dem Bavariapark und dem Westend daneben, wo es 30 Prozent sozialen Wohnungsbau gibt. Aber es kann nicht der Anspruch sein, dass es an jeder Baustelle gelingt. Es muss in München auch Standorte geben, die von ihrer Exklusivität leben. Das muss man einer Großstadt, die europäisch und international einen bestimmten Rang einnimmt, zugestehen.

Anderes Thema: Klimaschutz. Es gibt ein großes Potenzial zur CO₂-Einsparung bei der Sanierung städtischer Immobilien bzw. bei den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Geht da etwas voran?

Bei Bestandsimmobilien muss man eine Art Umbuchungsmanagement machen,

wenn man nicht unter starken Einschränkungen der Bewohner sanieren will. Es gibt die unterschiedlichsten Modellprojekte – von der Maikäfersiedlung, wo man sich entschieden hat, den alten Bestand aufzugeben und neu zu bauen, bis hin zu ganz behutsamer Bestandssanierung mit zum Teil denkmalgeschützter Substanz. Ich glaube, dass die großen Genossenschaften, die städtischen und die privaten, das in den Griff bekommen werden. Schwierig wird es für die Privaten, die Einzeleigentum haben. Für diese Frage müssen wir uns noch eine Strategie überlegen. Wir hoffen, dass wir sowohl vom Umweltministerium als auch vom Städtebauministerium nicht nur neue Richtlinien bekommen, sondern auch neue Städtebaufördermittel, die wir in irgendeiner Form in diese energetische Sanierung umsetzen können. Und denken Sie an die Lärmsanierung. Wenn wir das umsetzen wollen, was über die Lärmkartierungen sichtbar gemacht wird, dann haben wir einen Stadtumbau, bei dem es uns schwindlig wird. Ich glaube, es kann nicht das Ziel sein, dass wir alle Straßen, die stärker befahren sind, untertunneln oder einhausen. Wie würde dann unsere Stadt aussehen? Abgesehen von den Kosten, die ja enorm sind für solche Projekte. Deswegen muss man sich schon überlegen, wie man auf der operativen Umsetzungsebene damit umgeht. Das ist etwas, was uns ganz stark beschäftigt.

In diesem Jahr kommt die Umweltzone, die Parklizenzbereiche werden ausgeweitet, aber der Autoverkehr wird deshalb nicht maßgeblich zurückgehen. Haben Sie mal über eine Innenstadtmaut nachgedacht, oder gibt es eine andere Idee?

Ich denke wir sollten darauf setzen, dass wir unser Nahverkehrssystem qualitativ und strukturell weiter ausbauen und verbessern. München hat dafür hervorragende Voraussetzungen, wir haben ja ein gutes System. Aber wir brauchen so etwas wie die zweite S-Bahn-Stammstrecke ganz notwendig, wir brauchen eine gute Anbindung zum Flughafen, wir brauchen an verschiedenen Stellen eine noch stärkere Verknüpfung mit dem Umland und der Region.

Kommt die zweite S-Bahn-Stammstrecke denn wie geplant, oder gibt es in Ihren Augen noch eine Alternative?

Es ist wichtig, dass wir die zweite S-Bahn-Stammstrecke bekommen und dadurch natürlich auch eine bessere Anbindung an die Drehscheibe Ostbahnhof, um die es da ja geht. In wie weit wir den Südring dann noch mal zusätzlich diskutieren, ist sicher auch eine Frage der politischen Bewertung. Ich glaube, dass wir in den nächsten Jahren eine ganz ordentliche Agenda von solch verkehrspolitischen Themen haben,

die wir abarbeiten müssen. Und nicht alle werden uns Freude machen.

Es gibt ein Projekt mit dem Namen „Zukunft München 2030“, das Zukunftsvisionen zeigt. Wie wird die Stadt in gut 20 Jahren aussehen?

Die Stadt wird sicherlich dichter sein, sie wird aber auch grüner sein, weil man es sich nicht mehr leisten kann, Flächen einfach so rumliegen zu lassen. Sie wird noch sehr viel stärker vermischt sein, weil mehr Migranten in die Stadt kommen werden. Wir werden mehr ältere Menschen haben, gleichzeitig aber auch mehr Menschen, die weniger Geld zur Verfügung haben, für die wir in einem noch größeren Stil als bisher kostengünstigen Wohnungsbau und entsprechende Infrastruktur brauchen. Wir werden uns nicht mehr über KfW 20, 40 oder sonst etwas streiten, sondern eine ganz andere Haltung zum ökologischen Bauen überhaupt haben. Und ich erwarte, dass wir auf einer überregionalen Ebene eine wesentlich bessere Verknüpfung mit dem transeuropäischen Schienennetz erzielen müssen. Vielleicht werden wir anstatt eines Transrapsids einen Transalpin bekommen, der uns mit Italien oder Österreich verbindet. Das wäre ein kluges und wirklich übergeordnetes Verkehrsprojekt.

Interview: Thomas Rath

Fotos oben: Thomas Rath (links), Nagy / Presseamt München



Elisabeth Merk

Foto: Referat für Stadtplanung und Bauordnung



Die Vermarktungsmaschinerie

Münchner Wohnungsbau in der Sackgasse?

Die Kritik am derzeitigen Münchner Wohnungsbau ist unübersehbar. Die „Ödnis im Rechteck“ hat das Bayerische Fernsehen eindrucksvoll geschildert. Kaum eines der Münchner Neubaugebiete kann sich dieser berechtigten Kritik entziehen, sei es die Messestadt Riem, die Theresienhöhe oder der Arnulfpark. Grund dafür ist neben der so genannten „Bauträger-Architektur“ für eine gewinnträchtige Vermarktung die Stadtpolitik mit ihrer ehrgeizigen Wohnungsbaubilanz. Ergebnis: Zu oft fällt die Qualität der Quantität zum Opfer.

Dieser gleichförmige Wohnungsbau hat kommerzielle Vermarkter als Bauherren, die den Architekten, so sie überhaupt gebraucht werden, statistisch ermittelte Vorgaben aus der Konsumforschung machen. Das Fehlen authentischer Bauherren aus den künftigen Bewohnern ist solchen Stangen anzusehen. Auch die urbane Qualität einer lebendigen Nutzungsmischung, die noch die älteren Stadtteile prägt, ist solchen „Schlafstädten“ verloren gegangen. Sogar in neuesten Wettbewerben scheidet ein preiswürdiger Entwurf mit einem zukunftsorientierten Verbund von Wohnen und Arbeiten aus, wenn ein Bauträger die „schlechte Vermarktbarkeit“ als Einwand einbringt. Ein Einwand, der nur die gewohnte Vermarktungsmaschinerie im verengten Blick hat und neue kreative Verfahren ausschließt.

Die Wohnung als Ware zeigt die von Bauträgern zweimal im Jahr organisierte Wohnimmobilien-Messe „Eigentum & Wohnen“. Hier steht die erfolgreiche Vermarktung von fertig geplantem oder gebautem Wohneigentum mit „hübsch“ gestylten Fassaden, Dachterrassen oder Bad-Equipment im Vordergrund. Die nachbarschaftliche Selbstorganisation und Planungspartizipation der künftigen Wohneigentümer bleiben im Programm seltsamerweise ausgeklammert, obwohl diese bei vielen Interessierten als natürliches Bedürfnis vorhanden und wesentlich marktnäher wären als schon fertige Produkte.

Messestadt Riem – mühsamer Lernprozess nach verpassten Chancen
Für die Messestadt Riem haben sich der Verein Urbanes Wohnen und seine Mit-

streiter eine zukunftsfähige Entwicklung erhofft, die mit einem adäquaten Start hätte erreicht werden können. Im Auftrag der Stadt hat Urbanes Wohnen 1997 einen „Leitfaden zur Bürger- und Nutzerbeteiligung“ gemeinsam mit den wichtigsten Projektbeteiligten erarbeitet und neueste Erfahrungen auf diesem Gebiet eingebracht. Der Hauptansatz heißt darin „Bürger- und Nutzerbeteiligung durch Umkehren des Wohnbauverfahrens“: Nicht zuerst Wohnungen bauen und vermarkten und ganz am Schluss Bewohner anonym einquartieren und damit soziale Probleme vorprogrammieren, sondern zuerst interessierte Bürger zu Haus- und Wohngruppen zusammenbringen und mit dem Planen und Bauen soziale Netzwerke entstehen lassen. Die künftigen Bewohner sollen als authentische Bauherren mitbestimmen. In baub-

schnittsbezogenen Wohnmessen sollen sich künftige Bewohner mit Gleichgesinnten zu Bau- und Mietergemeinschaften oder Genossenschaften zusammenfinden und geeignete Architekten und Trägerschaften auswählen. So soll der bundesweit erkennbare Trend zum „partizipativen Wohnungsmarkt“ mobilisiert und damit frischer Wind und Innovation in den konventionellen Wohnungsmarkt gebracht werden.

In Riem hätte sich eine Kerngruppe künftiger Bewohner bilden können, die mit ihren Wohnkonzepten auf die weitere Entwicklung ebenso positiv hätte ausstrahlen können, wie dies nachweislich im Schwabinger Neubaugebiet am Ackermannbogen geschieht. Jedoch: Die große Chance für den Start eines einmaligen Modells der Bürger- und Nutzerbeteiligung wird leider in der Verwaltung ausgesessen. Über zwei Jahre lang schlummert der Leitfaden in Münchner Amtsschubladen, ehe er 1999 dem Stadtrat vorgelegt wird. Der präventive und projektbezogene Ansatz wird nicht als Chance wahrgenommen. Die Angst der Verwaltung vor noch nicht Erprobtem und vor dem Risiko wirkt blockierend. Die „altbewährte“ Vorgehensweise der Münchner Bau-trägerschaft genießt mehr Vertrauen.

Nach zwei verpassten Jahren läuft es in Riem wie bisher überall: „Same procedure as every year!“ Erste Wohnhäuser gebaut – Bewohner anonym einquartiert – soziale Nachbesserung wieder gefragt – langweilige Stangenbauten anstelle lebendiger Architektur. Ein viel zu spät beauftragter Beteiligungs-Koordinator muss nun mit nachbessernder Sozialarbeit und Krisenmanagement starten – anstelle präventiver Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit. Aus der zgedachten progressiven Vorreiterrolle ist Riem zunächst einmal zum negativen Abbild für andere Neubaugebiete mutiert.

Doch negative Erfahrungen gehören offenbar auch zum Lernprozess der Beteiligten, die parallel die Entwicklung am Ackermannbogen miterlebten. So zeichnet sich nun im 3. Bauabschnitt der Messestadt eine posi-

ve Entwicklung ab, die hoffentlich auch auf den letzten Bauabschnitt wirken wird. In den Bauabschnitten davor gab es vereinzelt Projekte der Genossenschaft Wogeno oder selbstorganisierte Baugemeinschaften, deren lebendiges Wohnumfeld als freundliche Inseln im anonymen Bautenmeer wirken. Jetzt entsteht bis zum Jahr 2009 – ähnlich wie am Ackermannbogen – ein größerer nachbarschaftlicher Zusammenhang durch vier gemeinschaftsorientierte Wohnprojekte mit insgesamt 207 freifinanzierten und geförderten Wohnungen. Vielleicht bekommt wenigstens die zweite Hälfte der Messestadt ein einladendes Gesicht.

Blick in die Zukunft – Chancen für neues Wohnen in München

Die jüngsten Erfahrungen aus Riem lassen auf eine bessere Zukunft des Münchner Wohnungsbaus hoffen. Partizipation im Wohnungsbau ist kein Allheilmittel, sie geht lediglich auf bislang vernachlässigte Bedürfnisse von Bewohnern ein. Natürlich kann und wird es nach wie vor andere Bedürfnisse geben, wie zum Beispiel das anonyme Wohnen in der Großstadt – möglicherweise auch nur in bestimmten Lebensabschnitten. Allerdings kommt der Partizipation im Wohnungsbau ein nicht zu unterschätzender sozialer Wert zu, durchaus vergleichbar mit der Energieeffizienz. Den ehrenamtlichen Beratern von Urbanes Wohnen fällt immer wieder der Einfluss auf, den die Diskussion um den demografischen und den klimatischen Wandel bereits auf viele Menschen hat. Drohende Einsamkeit im Alter oder überhöhte Energiekosten stehen oft im Vordergrund der Fragen von Menschen, die gemeinschaftsorientiert wohnen möchten. So haben neu entstehende Wohnprojekte zumeist den sozialen und ökologischen Schwerpunkt in ihrem Konzept.

In den künftigen Neubaugebieten kommt es nicht allein auf die Zulassung oder Förderung gemeinschaftsorientierter Wohnprojekte an oder auf die Ausweisung klein



strukturierter Baufelder für die sich bildenden Hausgemeinschaften. Generell ist ein Verfahren erforderlich, das Partizipation zu einem frühen Zeitpunkt, mindestens bereits im Bebauungsplanverfahren zulässt, und das möglicherweise bereits von der zuständigen Abteilung des Planungsreferats, auch in Kooperation mit dem Sozialreferat koordiniert wird. Neueste Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung im Internet könnten der Sache zugute kommen.

In allen künftigen Neubauquartieren oder Bauabschnitten müsste der seinerzeit für den Modellstadtteil Riem entwickelte „Leitfaden zur Bürger- und Nutzerbeteiligung“ Anwendung finden können, natürlich angereichert und verbessert durch die seit zehn Jahren gemachten praktischen Erfahrungen. In keinem der künftigen Neubaugebiete darf es mehr zu solch verpassten Chancen kommen wie in der Messestadt.

*Manfred Drum, Dipl.-Ing. Architekt,
Vorstandsmitglied des Vereins Urbanes Wohnen,
Fotos: Thomas Rath*

Von Fachgesprächen zu Wohnprojekttagen: Demokratie im Wohnungsbau

Seit 1991 führt der Verein Urbanes Wohnen in Kooperation mit allen am Münchner Wohnungsbau Beteiligten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern die so genannten „Seidlvilla-Fachgespräche“ durch, die im Wesentlichen „Demokratie und Ökologie im Wohnungsbau“ zum Thema haben. Hier stehen die noch nicht begonnenen neuen Wohnbauareale und ihre Planungen im Mittelpunkt der Diskussionen – wie zum Beispiel Riem und Freiham.

Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Thematik wächst zusehends und zeigt Wirkung. Im Jahr 1993 wird WOGENO München gegründet, eine Genossenschaft für selbstverwaltetes, soziales und ökologisches Wohnen.

Die „Münchner Wohnprojekttage“ veranstaltet Urbanes Wohnen seit 1995 – weitere Initiativen für selbstorganisierte und gemeinschaftsorientierte Wohnprojekte entstehen. Da sich Projekte nun in ganz Bayern ausbreiten, wird der bevorstehende 8. Münchner Wohnprojekttag vom 1. bis 3. August 2008 gleichzeitig zum 1. Bayerischen Wohnprojekttag. Etwa 60 bayerische Wohnprojekte werden sich vorstellen. Spiegel einer Entwicklung des partizipativen Wohnungsbaus, die bislang nur von ganz wenigen Bau-trägern erkannt und berücksichtigt wird.

Urbanes Wohnen berät in der Wohnwerkstatt jeden Donnerstag von 18 bis 19 Uhr.

Ort: Seidlvilla, Nicolaiplatz 1b, Schwabing
www.urbanes-wohnen.de



Das Münchner S-Bahn-Netz ist zentralisiert. Das hat Vorteile, weil alle sieben Linien in dichter Folge im Stammstrecken-Tunnel die Innenstadt unterqueren, mit hervorragenden Umsteigemöglichkeiten zu Bus, Tram und U-Bahn. Aber diese Zentralisierung hat auch einen schwerwiegenden Nachteil: Weil die Stammstrecke die einzige Verbindung zwischen den östlichen und den westlichen Außenästen des S-Bahn-Netzes ist, bremsen Betriebsstörungen auf ihr alle Linien aus. Ein Notarzt-Einsatz oder ein defektes Signal führen zu stundenlangen Rückstaus von Zügen. Kommen keine Züge an den Endstationen mehr an, bleibt bald der Gegenverkehr aus.

Hinzu kommt, dass die geplante neue 2. Stammstrecke alleine nicht das Problem des gewünschten 10-Minuten-Takts lösen

wird. Das Haupthindernis sind die Außenäste der Linien, die zum Teil eingleisig sind oder wo sich S-Bahnen und Regionalverkehr den Betrieb teilen. So wird man nach 2020, wenn der Neubau abgeschlossen sein soll, auch nur auf drei Linien im 10-Minuten-Takt fahren können. Schlimmer: Wegen der bis dahin ausgegebenen zwei Milliarden Euro für den Tunnel wird sich die Sanierung der Außenstrecken noch weiter verzögern.

Das zentralistische System der Münchner S-Bahn soll also noch mehr aufs Zentrum ausgerichtet werden, indem man direkt neben der bestehenden Stammstrecke einen zweiten Tunnel gräbt. Jeder, der die Ringlinien von London, Berlin, Paris oder Wien im Kopf hat, kann diesen angesichts der Münchner Planung nur schütteln. Niemand bezweifelt, dass der Bau eines Bypasses

zur Stammstrecke dringend notwendig ist: Als Umleitung bei Störungen oder Sperrungen, vor allem aber, um dichtere Fahrplankarte und eine verbesserte Durchbindung und Verknüpfung der S-Bahn-Außenäste zu ermöglichen.

Dafür gibt es verschiedene Lösungen – die von der Bahn im Auftrag des Freistaates geplante zweite Stammstrecke dürfte die am wenigsten geeignete sein. Dafür wäre sie die mit Abstand teuerste. Sie verläuft parallel zur ersten, knapp nördlich davon, und soll nur wenige Haltestellen anbieten: Laim, Hauptbahnhof, Marienhof, Leuchtenbergring. Ein erster Entwurf hätte in seinem Planungsabschnitt 3 den historischen Kern Haidhausens für sechs Jahre in eine kaum bewohnbare Baustellen-Wüste verwandelt, mit erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Staub, Lärm und

Alternativen zum 2. Tunnel

U-S-Bahn-Mischbetrieb

Ein U-S-Bahn-Mischbetrieb würde die bestehende Ost-West-Verbindung der U4/U5 inklusive der geplanten Verlängerungen nach Pasing und Johanneskirchen nutzen. Auf dieser Linie würden dann Züge verkehren, die S- und U-Bahn tauglich sind. In Hamburg wurde ein solcher U-S-Bahn-Mischbetrieb kürzlich eröffnet.

Südring

Der Südring, früher genannt Südumfahrung, ist allen bekannt, die je mit Regional- oder Fernzügen vom Hauptbahnhof in Richtung Mühldorf oder Rosenheim gereist sind. Es geht vorbei an nicht mehr genutzten Gütergleisen und Laderampen.

Vorteil des Südringes ist, dass er jederzeit für S-Bahnen in Betrieb gesetzt werden kann – für ei-

nen dauerhaften Betrieb bräuchte kein Gleis neu verlegt werden. Notwendig wäre lediglich der Umbau von einem Dutzend Weichen und einiger Signale für den zweigleisigen Richtungsverkehr. Damit wäre die Bypass-Funktion möglich. Die von BKS vorgelegte Lösung „Teilausbau Südring“ kommt ohne Erweiterung des jetzigen Bahngeländes aus und ermöglicht den 10-Minuten-Takt auf allen Linien (Animation auf www.tunnelaktion.de). Ein viergleisiger Vollausbau könnte später ohne Zeitdruck erfolgen.

City-Tunnel

Der City-Tunnel folgt den Spuren des von der Bahn lange geplanten Projektes München 21. Es sah ursprünglich einen viergleisigen Tunnel vom Hauptbahnhof zum Ostbahnhof vor, mit einer Station am

Sendlinger Tor für die Regionalzüge. In Untergie-sing ginge es dann weiter auf der Südumfahrung. München 21 wurde von der Bahn nicht weiter verfolgt, aber man hielt die Trasse frei. Das Projekt hat ein ungeheures Entwicklungspotenzial zu bieten: München 21 wäre sehr gut für die 2. Stammstrecke geeignet, hätte verkehrlich die meisten Vorteile, wäre in kürzerer Zeit und zu geringeren Kosten zu realisieren und damit wirtschaftlich. Eine spätere Erweiterung für den Regional- und Fernverkehr wäre technisch möglich und wirtschaftlich darstellbar. Und die europäische Eisenbahnmagistrale Paris-Bratislava wird mit EU-Mitteln gefördert.

Tunnelblick

München soll für viel Geld einen neuen S-Bahn-Tunnel bekommen. Der Nutzen ist zweifelhaft.



Erschütterungen der Tag und Nacht arbeitenden offenen Baustellen.

Das geplante Vorhaben rief einen breit angelegten Widerstand der betroffenen Haidhauser/innen auf den Plan – und scheiterte an einer Kostensteigerung von 540 Millionen Euro auf offiziell zugegebene 1,86 Milliarden Euro.

Inzwischen wurde der teure Haidhauser Planfeststellungsabschnitt 3 neu geplant mit dem Ziel, billiger zu bauen. Laut Verkehrsministerin Emilia Müller soll die Neutrassierung zu einer Senkung der Investitionskosten bei gleichzeitig höherem Verkehrlichem Nutzen führen. Mit dem Bau soll laut Staatsregierung im Jahr 2009 begonnen werden. Der Tunnelarm zum Leuchtenberggring soll im Jahr 2016, der zum Ostbahnhof und weiter zur St.-Martin-Straße im Jahr 2020 fertig gestellt sein.

Eine zweite Stammstrecke, so wie sie von der Staatsregierung und der Deutschen Bahn AG geplant war und ist, brächte nicht extrem negative Folgen für das Münchner S-Bahn-System und seine Fahrgäste. Durch die Streckenführung eng parallel zu der alten S-Bahn-Stammstrecke und die wenigen vorgesehenen Haltepunkte wird ein wesentlicher Schwachpunkt des Münchner Schnellbahnsystems, die Radiallastigkeit von West nach Ost, noch verstärkt. Ein weiteres Problem der Münchner S-Bahn, die Konzentration auf die Umsteigeschwerpunkte Hauptbahnhof und Marienplatz/Marienhof, verursacht jetzt schon Kapazitätsengpässe beim Ein- und Aussteigen. Diese Überlastung wird sich steigern und droht auf die Münchner U-Bahn durchzuschlagen. Mit Inbetriebnahme dieser Version der

zweiten Stammstrecke käme es für zahlreiche Fahrgäste zu massiven Verschlechterungen in der Bedienungsqualität. So sollten die meisten innerstädtischen Stationen – Donnersberger- und Hackerbrücke, Karlsplatz/Stachus, Isartor, Rosenheimer Platz – weit weniger häufig als bisher bedient werden. Ein großer Teil der S-Bahn-Fahrgäste müsste neue Umsteigezwänge und teilweise auch Umwegfahrten in Kauf nehmen. Ergebnis wäre, dass zahlreiche Pendler wieder mit dem Auto in die Stadt fahren würden.

Bombastisch teure Großprojekte, wie der geplante Tunnel für eine 2. S-Bahn-Stammstrecke saugen dringend benötigtes Geld ab von der Bewältigung eines drückenden Problems: Der Ausbau der Außenäste des Netzes wurde Jahrzehnte lang vernachlässigt. Und es fehlt auch das Geld für die technische Weiterentwicklung der S-Bahn-Züge. Erinnern wir uns an die schier endlosen Verspätungen, weil – wie jeden Herbst – nasses Laub auf den Schienen die Triebräder durchdrehen ließ.

Seit 2001 haben sich die kalkulierten Kosten mehr als verdreifacht, der Fertigstellungstermin ist weiter nach hinten gerutscht. Von Experten wurden die Schwächen der Tunnelösung eindringlich dargestellt und Vorschläge für bessere, schnellere und kostengünstigere Lösungen gemacht. Aber die Verantwortlichen bleiben bei der einmal getroffenen Entscheidung und halten mit Tunnelblick an dem unmöglichen Plan fest.

Volker Böhm, Bürgerinitiative S-Bahn-Tunnel Haidhausen, www.tunnelaktion.de
Foto: Thomas Rath

Nur der Südring!

Kommt der Tunnel, oder woran könnte er noch scheitern? Welche Alternative macht am meisten Sinn? Fragen an die Verkehrsexpertin und neue Stadträtin der Grünen, Sabine Nallinger.

Münchner Stadtgespräche: Kommt der zweite Tunnel für die S-Bahn-Stammstrecke?

Sabine Nallinger: Ich glaube, dass er nicht kommt. Wenn man noch einmal eine neue Berechnung macht und ehrliche Kosten hernimmt, werden die auf jeden Fall erheblich über denen liegen, die heute genannt werden.

Was steht im neuen Koalitionsvertrag zu diesem Thema?

Wir haben das Thema umgangen und nur gesagt, dass wir beim Freistaat und der Bahn einfordern werden, dass das S-Bahn-System ausgebaut wird. Varianten zu nennen, haben wir vermieden.

Vermutlich, weil die Koalitionspartner nicht einer Meinung sind.

Im fachlichen Austausch ist der Dissens vielleicht gar nicht so groß. Aber es ist den Bürgern schwer zu vermitteln, dass dieser Tunnel viel kostet und wenig bzw. sogar Nachteile bringt. Vielleicht wird das ja nach den Landtagswahlen leichter.

Welche Lösung halten Sie für die beste?

Ich bin absolut für eine Lösung, die sofort umsetzbar ist. Und da erscheint mir nur der Südring realistisch.

Könnte der Südring daran scheitern, dass die Bahn das entsprechende Gelände als Immobilienflächen verwerten will?

Die aktuelle Haltung der Bahn kenne ich nicht. Ich habe sie aber als einen sehr schwerfälligen Apparat kennen gelernt. Die Bahn ist jetzt auf dem Dampfer „Tunnel“, und sie umzuschwenken, ist sehr schwierig.

Welche Möglichkeiten hat die Stadt, um den Tunnel noch zu verhindern?

Ich gehe davon aus, dass die Bahn kein Projekt in dieser Größenordnung realisiert, wenn die Stadt dagegen ist. Damit wir keine weitere Zeit verlieren, sollten die Planungen zum Südring forciert werden.

Die Zeit drängt, die Vorarbeiten haben schon begonnen.

Es wird mich die nächsten Wochen intensiv beschäftigen, in der Partei und in der Fraktion Zustimmung für meine Ideen zu bekommen.

Interview: Thomas Rath



DIE

ITY-
MAUT

Ein Blick auf die Insel

Wer in London mit dem Auto in das Stadtzentrum will, muss seit 2003 dafür bezahlen. Acht Pfund Staugebühr („Congestion Charge“), fallen pro Fahrt an, umgerechnet etwa 11 Euro. Fragen an Steve Kearns, der bei der Organisation Transport for London (TfL) in der Abteilung Congestion Charge arbeitet.

Münchner Stadtgespräche: Mister Kearns, seit fünf Jahren kostet es Geld, mit dem Auto in die Londoner Innenstadt zu fahren. Was hat's bis jetzt gebracht?

Steve Kearns: Die Zahl der Autos in der Innenstadt hat sich seit der Einführung der Maut um 32 Prozent verringert. Der Umwelt geht es seit 2003 besser. Wir haben 19 Prozent weniger CO₂, und auch der Ausstoß anderer giftiger Gase ist zurückgegangen. Es gibt weniger Verkehrsunfälle, die Busse im Stadtzentrum sind jetzt schneller und die Wartezeiten an den Haltestellen kürzer geworden. Mehr Fahrgäste benutzen die öffentlichen Verkehrsmittel. Die Maut wirft einen Gewinn von jährlich etwa 120 Millionen Pfund ab. Das meiste davon investieren wir in öffentliche Verkehrsmittel – mehr Busse und mehr Buslinien. Wir glauben, dass die Maut erfolgreich ist.

Wenn in Deutschland über Straßenbenutzungsgebühren diskutiert wird, ruft die Autolobby sofort laut „Abzocke!“. Wie hat der Londoner auf die City-Maut reagiert?

Natürlich gab es einige Lobbyisten, die gesagt haben, es sei einfach noch eine ande-

re Steuer und sie hätten das Recht zu fahren wohin sie wollten. Ja, sie haben den Bürgermeister und Transport for London als Abzocker bezeichnet. Aber die Staus wirkten sich sehr schlimm auf das Leben aller Menschen in London aus. Und die öffentliche Meinung war, dass die Situation nicht so bleiben konnte.

Das zweite beliebte Argument gegen eine Beschränkung des motorisierten Individualverkehrs in den Innenstädten heißt „Todesstoß für den Wirtschaftsstandort“. Liegt der Einzelhandel in London schon am Boden?

Es gibt kein Anzeichen dafür, dass die Maut einen negativen Effekt auf die Wirtschaftsleistung hat. Transport for London überwacht die Auswirkungen auf Geschäfte und Betriebe innerhalb und außerhalb des Mautgebiets. Heute kaufen mehr Menschen in den innerstädtischen Läden ein als vor Einführung der Maut. Und verglichen mit 2003 benutzt ein größerer Teil der Kunden öffentliche Verkehrsmittel.

Parkt der Londoner jetzt die Stadtgebiete an der Mautgrenze zu, um dort den Bus oder die U-Bahn zu nehmen, oder steigen

die Leute ganz auf die öffentlichen Verkehrsmittel um?

Das Parken an der Mautgrenze ist verboten. Vor Einführung der Maut haben wir garantiert, dass die Pendler in der Nähe dieser Grenze nicht parken werden und deshalb Anwohnerparkgebiete eingeführt, die sehr beliebt sind. Noch vor Einführung der Maut gab es sieben neue Buslinien mit 14.500 zusätzlichen Sitzplätzen pro Stunde. Fast alle dieser Plätze sind besetzt.

Gibt es jetzt mehr Leute, die sich mit anderen ein Auto teilen?

Ja, das Carsharing hat zugenommen seit 2003. Aber es ist schwierig zu sagen, was die Maut dazu beigetragen hat, denn wir haben verschiedene Anreize geschaffen.

Wenn ich richtig informiert bin, gibt es über 1300 Kameras, die für die automatische Nummernschilderkennung täglich fast 1,5 Millionen Bilder liefern. Datenschutz ist bei Ihnen kein Thema?

Die Citymautkameras machen Bilder von den Nummernschildern und nicht von den Gesichtern der Fahrer. Das dürfen wir von Gesetz wegen nicht. Deshalb wissen wir nicht, wer fährt und wie viele Leute im Auto sitzen. Wir kennen lediglich die Identität der Besitzer. Und diese Informationen werden sofort vernichtet, wenn die Maut bezahlt ist. Wenn nicht bezahlt wird, behalten wir sie, um an die Adresse der Schwarzfahrer zu kommen und Geldstrafen ausstellen zu können.

Es hat keine Proteste gegeben?

Nein. Vielleicht liegt es daran, dass es viele Kameras gibt und die Londoner an sie gewöhnt sind. Einige sind Verkehrskameras, einige sind Sicherheitskameras.

Mister Kearns, gibt es eigentlich gar keine Probleme mit der Congestion Charge?

Die Kosten sind ziemlich hoch, sie machen etwa 40 Prozent des Umsatzes aus. Das liegt vor allem an den vielen verschiedenen Bezahlungsmöglichkeiten wie zum Beispiel Handy, Internet, Call Center, Automaten oder Post. Probleme gab es bis vor kurzem, wenn für ausländische Fahrzeuge nicht bezahlt wurde. Jetzt kooperiert TfL aber mit



einer Gesellschaft, die Zugriff auf die Autodatenbanken elf westeuropäischer Staaten hat. Die Maut beträgt acht Pfund, ungeachtet der Verweildauer in der Zone, der zurückgelegten Entfernung und des Fahrzeugtyps. Daran gibt es Kritik, und wir untersuchen jetzt verschiedene Möglichkeiten, um das zu ändern und so die Effekte verschiedener Fahrten und Fahrzeuge besser widerzuspiegeln.

München setzt in erster Linie auf Parkzonengebiete, um den innerstädtischen Verkehr zu reduzieren: Anwohner haben Ausweise, alle anderen müssen bezahlen, wenn sie parken wollen. Hatten Sie Ähnliches für London auch mal angedacht, bevor die Entscheidung für die Maut fiel?

Es gibt in London ein ähnliches System, bei dem die tägliche Parkgebühr für die von außerhalb kommenden Autofahrer viel höher ist als die jährliche für die Anwohner. Dieses System hat schon einige Jahre vor Einführung der Maut existiert. Es hat aber nach unserer Meinung nicht ausgereicht, um die Pendler zu entmutigen, mit dem Auto in das Stadtzentrum zu fahren. Und es hat den Verkehr nicht reduziert, der nur durchfährt. Nach unserer Schätzung sind es 2003 20 Prozent gewesen, die weder Start noch Ziel im Zentrum hatten.

Haben sich schon potenzielle Nachahmer erkundigt, wie es bei Ihnen in London funktioniert?

Fünf große US-amerikanische Städte wie zum Beispiel New York und San Francisco haben Geld von der Regierung bekommen, um Projekte zur Vermeidung von Verkehrsstaus zu entwickeln. Wir haben in letzter Zeit intensive Diskussionen mit Vertretern dieser Städte gehabt. Es gibt weltweit Interesse an der Maut. Meine Kollegen und ich haben Informationen an asiatische, afrikanische, südamerikanische und europäische Großstädte weitergegeben.

Ist München auch dabei gewesen?

Soweit ich weiß, nein.

*E-Mail-Interview: Thomas Rath
Fotos: pixelio.de / sixtine (unten), Tfl*



Angst vor der Freiheit

In Deutschland wird gerne und heftig über Schule diskutiert. Aber selten darüber, wie Kinder am besten lernen.

Es hat erstaunlich lange gedauert, bis die Eltern aufgewacht sind. Doch jetzt scheint es so weit zu sein.

Immer mehr Menschen sagen laut und vernehmlich, was bislang eher privat geäußert wurde: Das „G8“, das achtjährige Gymnasium, überfordert die meisten Schüler und deren Familien. Selten sind sich die Kommentatoren der großen Tages- und Wochenzeitungen so einig wie bei diesem Thema. Unisono kritisieren sie, wie wenig Zeit die Stofffülle den Schülern lässt – Zeit für Musik, Sport, Spiel, Lebenszeit.

So berechtigt diese Kritik ist, so sehr erstaunt das verklärte Bild vom Gymnasium, das damit transportiert wird. Als sei die Welt vor der Einführung des G8 noch in Ordnung gewesen; als sei die Kindheit bislang vollkommen unbeschwert und Schule ein Hort von Kreativität und umfassender Bildung gewesen. Wenn sich auf einmal so viele Lehrinhalte als anscheinend entbehrlich herausstellen – warum hat sich vorher niemand beschwert? Wenn Chemie in der achten Klasse oder Erdkunde in der siebten auf einmal doch nicht so furchtbar wichtig sein soll – wieso haben sich die Eltern so lange damit abgefunden,

dass ihre Kinder dies alles lernen mussten? In Wahrheit geht es bei der ganzen Diskussion nicht um „Bildung“ oder darum, was junge Menschen vernünftigerweise wissen, können und kennen lernen müssen, um in einem zivilisierten Land selbstständig und menschenwürdig leben zu können. Es geht darum, Zugangsberechtigungen zu erteilen: Wer darf studieren? Wer bekommt die gutbezahlten Jobs? Wer wird später Erfolg und Einfluss haben?

Das Gymnasium galt solange als erfolgreiche Schulform, wie nur die Kinder der anderen versagt haben. Kinder ausländischer Herkunft, Kinder sozial schwacher Eltern, Kinder, die zu schüchtern, zu langsam, zu zappelig oder zu unangepasst waren, wurden schon immer aussortiert, querversetzt, abgestuft. Das war in Ordnung und wurde gesellschaftlich akzeptiert. Doch auf einmal sind stabile Familienverhältnisse, Wohlstand und bürgerliche Herkunft kein Garant mehr, bis zum Abitur durchzuhalten. Auf einmal sind die Versagensängste in der Mitte der Gesellschaft angekommen – das geht dann doch zu weit.

An einer echten Bildungsreform, an einer Schule, die wirklich kindgerecht und lebensdienlich wäre, sind allerdings nur we-



nige Eltern interessiert. Das überkommene Modell aus Lehrplan, Unterricht und Notenzwang wird von den allermeisten klaglos akzeptiert, sofern die Chance besteht, dass das eigene Kind überlebt und wenigstens zwei oder drei Stunden am Nachmittag frei bleiben für andere Dinge.

Das ist schade. Denn Schule kann auch ganz anders aussehen. Schule kann ein Ort sein, wo Kinder all das üben, auf das es wirklich ankommt im Leben: Entscheidungen treffen. Konflikte lösen. Demokratie leben. Verhandlungen führen. Projekte entwerfen, planen und durchführen. Frei sein. Sich bilden. Leidenschaftliche Interessen entwickeln und sich in Sachgebiete vertiefen, statt lediglich die jeweils vorgeschriebenen „Jahreswochenstunden“ abzusetzen.

Noch sind es nur wenige Eltern und Lehrer, die sich nicht damit abfinden mögen, dass das Leben erst nach der Schule beginnt. Und wer wirklich neue Wege gehen will, hat es schwer in Deutschland. So scheitern viele Schulgründungsinitiativen früher oder später an den Hürden der Genehmigungsverfahren – oder sie passen sich an. Denn der heilige Lehrplan und der Prüfungszwang gelten schließlich auch für Privatschulen. Oder etwa doch nicht?

Ein kleiner Verein in Bayern, Träger der Freien Aktiven Schule Bobingen-Straßberg, hat deswegen nun Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. Er streitet für das Recht, ein eigenes pädagogisches Konzept zu verfolgen – von der ersten bis zur neunten Klasse. Freiheit für Bildung? Es bleibt spannend.

Andrea Teupke, Redakteurin bei Publik-Forum
Foto: pixelio.de / hofschlaeger

Der Kommentar erschien erstmals in der Zeitschrift Publik-Forum (Heft 4/2008)
www.publik-forum.de



Wochenlang in der Turnh

Was ist der Frust mit der Schule gegen die Gründung einer neuen? Das Internationale Montessori Zentrum München e.V. macht eine private Grund- und Volksschule auf. Zu Beginn des Schuljahres im September gehen zunächst zwei altersgemischte Klassen der Jahrgangsstufen 1-3 und eine der Jahrgangsstufen 4-6 an den Start. In einigen Jahren soll die Schule dann um eine Oberstufe ausgebaut werden. Die Münchner Stadtgespräche unterhielten sich mit Wibke Stock vom Gründungsteam.

Münchner Stadtgespräche: Frau Stock, was treibt jemanden an, eine neue Schule zu gründen?

Wibke Stock: Mein Sohn war in der Krippe, als ich „Treibhäuser der Zukunft“ gesehen habe, einen Film über Reformschulen, der mich inspiriert hat, etwas Neues zu machen. Ich habe gesehen, dass es Schulen gibt, die wunderbar funktionieren. Und ich habe im Freundeskreis mitbekommen, wo es nicht funktioniert, wo es viele Kämpfe und Streit wegen der Schule in der Familie gibt.

Gibt es eine Gebrauchsanweisung?

Nein, wir sind da rein gewachsen. Und wir hatten großes Glück und haben die Leiterin der Montessorischule Potsdam kennen gelernt, eine der zehn besten Schulen in Deutschland, die immer wieder ausgezeichnet wird. Über diesen Umweg sind wir an Claus Dieter Kaul geraten. Er hat am Tegernsee das Institut für ganzheitliches Lernen und bildet Montessoripädagogen aus. Herr Kaul schaut, was an unterschied-

lichen Schulen funktioniert, was für die Kinder wichtig ist. Er entwickelt immer wieder neue Ideen und berät deutschlandweit sehr viele Schulen. Unser Konzept gefällt ihm so gut, dass er uns zur Seite steht, zum Beispiel bei der Auswahl der Pädagogen, und er wird das aber auch schulbegleitend machen. Denn wir wollen kontinuierlich am Niveau arbeiten. Es ist uns ganz wichtig, dass wir nicht irgendwann da sitzen und sagen: So, jetzt haben wir eine funktionierende Schule – und dann schleift sich der Alltag ein.

Was ist Ihr Konzept?

Wir haben einen relativ freien Ansatz. Nicht alles, was Maria Montessori gesagt hat, ist die reine Weisheit. Und wenn man sich in eine dogmatische Richtung pressen lässt, wird man wieder sehr starr und ist wieder nicht flexibel. Wir wollen eine Schule für alle sein, wir wollen integrativ sein. Wir werden eine „Werkstatt der Generationen“ haben. Viele von uns hier haben keine Familien, keine Großeltern. Und



alle?

es gibt viele alte Menschen in München, die keine Familie haben, keine Enkelkinder. Die wollen wir in unserem Schulalltag zusammen bringen. Ich denke, wenn man sich öffnet und versucht, das Leben gemeinsam zu gestalten, ist das eine Bereicherung für die Gesellschaft und für die Stadt. Es ist uns wichtig, dass man mal wieder eine andere Perspektive bekommt.

Wer hat seine Kinder bei Ihnen angemeldet?

Ganz gemischt, vom Handwerker bis zum Akademiker ist alles vertreten. Wir haben eine solide Basis aus der Mittelschicht – mit ein paar sozial benachteiligten Familien. Aber das sind wenige, weil die Bereitschaft, einen alternativen Schulweg zu gehen, gar nicht sehr verbreitet ist. Für viele ist das keine Option.

Das Schulgeld kann sich ja auch nicht jeder leisten.

Es gibt ganz klare gesetzliche Regelungen. Man muss auch sozial schwachen Familien die Möglichkeit geben, die Schule zu besu-

chen. Wir richten von dem Schulgeld einen Fonds ein, damit wir einen Platz pro Klasse für solche Familien freihalten können. Und im Vergleich zu anderen Privatschulen ist unser Schulgeld nicht sehr hoch. Es gibt Leute, die zahlen für zweieinhalb Stunden Hortbetreuung am Nachmittag mehr.

Bekommen Sie Unterstützung von der Stadt?

Wir haben im Vorfeld Gespräche mit verschiedenen Fraktionen des Stadtrats geführt. Die waren alle ganz offen und freundlich, aber finanziell hat die Stadt keine Möglichkeiten. Bei den infrage kommenden Immobilien hilft uns das Schulreferat insofern, als dass sich jemand das schulbaurechtlich anschaut und sagt, ob es geht oder nicht. Es steht auch eine städtische Immobilie zur Diskussion, aber weil alle mit dem Kommunalwahlkampf beschäftigt waren, ist keine Entscheidung gefallen, und wir haben dieses Gebäude hinten an gestellt. Es war uns zu unsicher, denn wir brauchen eine Immobilie jetzt zeitnah.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Regierung von Oberbayern, die für die Genehmigung zuständig ist?

Wir kriegen ganz klare Vorgaben, was wir erfüllen müssen. Das ist ein Katalog voll mit formalrechtlichen Sachen. Es gibt dabei keine Hilfestellung, aber Steine legt uns auch niemand in den Weg.

Das beliebteste Vorurteil gegenüber einer Montessorischule?

In der Montessoripädagogik gibt es ja keine Trennung der einzelnen Schulsysteme, sondern Volksschule von der ersten bis zur neunten Klasse. In dieser Zeit entfalten sich die Kinder frei nach ihren Lernfenstern, so dass nach der vierten Klasse nicht unbedingt alle den gleichen Leistungsstand haben. Das ist natürlich etwas, wo sich die Regierung schwer tut, und da müssen wir viel Überzeugungsarbeit leisten – auch bei den Eltern. Da gibt es Ängste, dass sich die Kinder wochenlang in der Turnhalle verstecken, und keiner kriegt es mit. Aber das können wir ganz gut entkräften durch die Pädagogen, die wir auswählen. Die haben viel Erfahrung, und wir richten ein Hauptaugenmerk darauf, ob sie die Kinder gut beobachten und einschätzen können und ihnen dann die entsprechenden Angebote

Kontakt

Internationales Montessori Zentrum
München e.V.
Schule
Oberföhringer Straße 156
81925 München
www.montessori-muenchen.com
schule@montessori-muenchen.com

machen. Langfristig soll die Schule bis zum Abitur führen, und wir hoffen, auch damit viele Ängste abbauen zu können.

Nun scheint das staatliche Schulsystem ja erste Risse zu kriegen ...

Zum Glück. Was ich ganz schlimm finde und in den Elterngesprächen auch immer wieder mitbekomme, ist dieser enorme Druck, der in der Grundschule entsteht, wenn die Kinder sich mit neun oder zehn Jahren entscheiden müssen, welchen Weg sie für ihre Zukunft wählen. Die sind in einem Alter, wo sie über Fußball nachdenken und nicht darüber, ob sie das Gymnasium schaffen.

Und wir haben sehr viele Kinder, die vom Gymnasium wechseln. Die haben zwar gute Noten, halten dem Leistungsdruck aber nicht mehr stand. Die Kinder selbst realisieren das oft gar nicht so sehr, die machen einfach ihren Trott und sind unglücklich und unzufrieden, sehen aber in dem Alter die Perspektive noch nicht. In der fünften Klasse ist einem noch nicht klar, dass es auch andere Möglichkeiten des Lernens gibt. Es sind die Eltern, die sagen: Wir halten das in unserem Familienleben einfach nicht mehr aus.

... denken Sie, dass sich die Regelschule mittelfristig so reformieren lässt, dass Kinder anders lernen?

Es ist viel in Bewegung. Zum Beispiel gibt es ganz viele Lehrer, die das Montessoridiplom erwerben und diese Pädagogik an die Regelschulen bringen. Aber es ist sehr zäh und dauert sehr lange. Und in Bayern wird sehr starr an dem dreigliedrigen Schulsystem festgehalten. Das wird lange dauern, bis das aufgeweicht ist.

Wie geht es bei Ihrer Schule jetzt weiter?

Initiativen wie der unseren mangelt es in den ersten Jahren extrem an finanziellen Mitteln. Deshalb kümmern wir uns jetzt intensiv um Sponsoren oder Menschen, die der Schule Geld- oder Sachmittel spenden.

Und wir haben viele tolle Eltern gefunden, die hoffentlich zu uns stehen und keine kalten Füße bekommen, wenn die Genehmigung erst ein paar Tage vor den Sommerferien kommen sollte.

Interview: Thomas Rath
Foto: Andreas Bauer

Info

Kinder, so die Montessoripädagogik, wollen ganz selbstverständlich und aus eigenem Antrieb heraus lernen. Das tun sie am besten in Freiarbeit, denn sie möchten nicht irgendwas lernen müssen, sondern zu einem selbst bestimmten Zeitpunkt eine eigene Entscheidung für ein Lernangebot treffen – in dem eigenen Rhythmus und auf ihre eigene Art. Die Lehrer/innen sehen sich dabei als Helfer/innen, um selbstständige Persönlichkeiten zu entwickeln. „Hilf mir, es selbst zu tun!“, ist der meist zitierte Grundgedanke. Mehr als 1000 Schulen und Kindertagesstätten arbeiten in Deutschland nach den Prinzipien der Montessoripädagogik.



Der Teufel steckt im Detail

Wie behindertengerecht ist eigentlich München? Das wollten wir wissen und haben uns mit Klaus Kreuzeder, Musiker und Rollstuhlfahrer, getroffen. Das Ergebnis für München kann sich sehen lassen, aber: „Der Teufel steckt echt im Detail“, sagt er.

1 983 kam Klaus Kreuzeder nach München, die nach seiner Meinung damals behindertengerechteste Stadt. Kein Vergleich zu anderen Städten. Mit Hans-Jochen Vogel hatte München einen cleveren Oberbürgermeister, der bei der Olympiade 1972 viel Geld für die Stadt herausgeholt hat. Damit wurde unter anderem der öffentliche Nahverkehr ausgebaut – von vorneherein konzipiert für Menschen mit Handicap.

Vorsicht bei Neuplanungen

Prominente Behinderte können einiges bewegen, meint Kreuzeder. Er selbst hat sich schon immer engagiert – aus Eigennutz, wie er sagt. Er ist viel unterwegs und deshalb häufig mit Hindernissen konfrontiert, die ein gesunder Mensch gar nicht wahrnimmt. Man muss sich dann schon mal beschweren und den Leuten zeigen, wie unsinnig manches ist. Wie zum Beispiel die Neuplanung der Fußgängerzone. Lauter unzusammenhängende Flächen, alles uneben und holprig. Für die Betroffenen der reine Horror, nicht nur für Rollstuhlfahrer, auch für Mütter mit Kinderwägen und alte Menschen. Um ein Haar wäre das so gekommen, hätte Oswald Utz, der Behindertenbeauftragte, nicht eingehakt. Es gibt nicht viele Städte, die einen solchen Beauftragten haben, auch da ist München vorne dran.

Oder die Planung der Allianz-Arena. Da sollten die Behinderten hinter ein paar Sitzreihen platziert werden. Wenn ein Tor fällt, springen alle auf – und wer im Rollstuhl sitzt, sieht dann nichts mehr. Da hat sich der einflussreiche Rollstuhl-Fanclub des FC Bayern München erfolgreich eingemischt.

Missstände benennen

Ärgern muss sich Klaus Kreuzeder so manches Mal in der U-Bahn, weil die Ansagen oft unverständlich, weil zu leise sind. Schwierig für Blinde oder Schwerhörige. Da wünscht sich Kreuzeder mehr Engagement der Betroffenen, mehr Beschwerden. Sonst wird sich nichts ändern, weil die „normalen Menschen“ ja kein Problem damit haben, sie erkennen es nicht einmal. Da ist er als Künstler schon privilegiert. Denn oftmals hat er eine Gelegenheit, zum Mikrofon zu greifen und auf Missstände aufmerksam zu machen – mit guten Erfolgen.

Erfolgreich ist es auch, wenn alljährlich am 5. Mai zum Europatag der Behinderten auf dem Marienplatz Politiker geladen werden, die öffentlich Position beziehen und dann dazu stehen müssen. So etwas oder kleine Aktionen der Bezirksausschüsse bringen oft mehr als irgendein großer Beschluss, meint Kreuzeder. Das Mosaik ist es, das Stück für Stück das Stadtleben verbessert.

Nicht nachlassen, München!

Es hat sich viel getan, aber die Entfernung zum Ziel ist für Kreuzeder immer noch die gleiche. Einmal erreichte Standards müssen erhalten bleiben, es darf keine Rückschritte geben, und das passiert leider immer wieder. Ein Problem ist, meint Kreuzeder, dass es im Architekturstudium bis heute kein Pflichtfach für alten- und behindertengerechtes Bauen gibt. Mit der Verbesserung der Medizin werden die Menschen aber nicht nur älter als früher, es wird daher auch künftig mehr Menschen mit Behinderungen geben. Dies müsse endlich wahrgenommen werden, wünscht sich Kreuzeder. Langfristig sollte auf der Agenda stehen, dass ein Behinderter ein Mensch wie jeder andere ist, mit den gleichen Bedürfnissen, den gleichen Anforderungen und auch mit den gleichen Rechten. Insgesamt hat der Künstler viel Lob für München, aber einen Wunsch hat er dann doch noch: Ärztehäuser sollten behindertengerechter ausgestattet werden, da sei noch viel zu verbessern.

Christina Hacker
Fotos: pixelio.de / BrandtMarke (oben),
Trick Music

Info

In München leben etwa 100.000 Behinderte, das sind knapp 10 Prozent der Einwohner. Allerdings sind sie keine homogene Gruppe, es gibt zu viele Facetten von Behinderungen. Unterstützung finden sie in der LAGH, der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihrer Angehörigen in Bayern, dem Dachverband von derzeit etwa 100 Behinderten-Selbsthilfeverbänden, sowie beim Behindertenbeauftragten der Landeshauptstadt.

Ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter der LHM

Oswald Utz, Tel.: (089) 23324452
www.behindertenbeauftragter-m.de
behindertenbeauftragter.soz@muenchen.de

LAGH Bayern e.V.

Tel. (089) 4599240
www.lagh-bayern.de
post@lag-selbsthilfe-bayern.de



Nachhaltige Stadt (gesellschaft)?

Der Agenda-Bewegung wurde ein Feld der Symbolpolitik eingeräumt. Trotzdem besteht Hoffnung, dass sich eine Kultur der außerparlamentarischen Kritik etabliert.



1. Stadt als „die“ Ebene der Umsetzung von Nachhaltigkeit?

In der Agenda 21 wird den Städten eine besondere Bedeutung dafür zugewiesen, die Ideen der Nachhaltigkeit im Verbund zwischen Politik/Verwaltung, Unternehmen und BürgerInnen zu entwickeln und umzusetzen. Daraus wurde für europäische Städte die radikal formulierte und sehr unterschiedlich umgesetzte Aalborg-Charta als Bezugspunkt für Lokale Agenda 21-Prozesse entwickelt. Selbst wenn sie vorbildlich umgesetzt würde – und mir ist kein Ort hierfür bekannt (was nicht im Widerspruch dazu steht, dass an der Basis eine Reihe engagierter BürgerInnen und Agenda-Beauftragte sich redlich und in „richtiger Richtung“ bemühen) – ein LA21-Prozess wird allein kaum sicherstellen, dass sich eine Stadt „nachhaltig“ entwickelt. Dieses gilt zumindest so lange, wie die dominanten und „harten“ Politikfelder die nicht-nachhaltigen Trends weiter unterstützen – Zersiedelung, ökonomische Dominanz bei strategischen Entscheidungen, Kooperation, um die eigene Wettbewerbsposition zu stärken (*cooper(ation and compet) ition*), Verdrängung der Wahrnehmung von sozialen Spaltungen sowie „moderne Lebensstile“ auf der Basis steigendem Wohlstandes etc.

An dieser Stelle wird „Stadt“ selbstverständlich nicht als administrative Einheit angesehen – denn ohne das Umland und die wechselseitigen Austauschprozesse wäre eine „Rucksack-“ oder „Fußabdruck“-Messung einer Stadt gänzlich sinnlos – sondern „Stadt“ muss als ökonomischer,

ökologischer und sozialer Funktionsraum aufgefasst werden. Auch wenn man die territorialen Grenzen weit zieht, eine moderne, verstädterte Gesellschaft hat es längst aus den Augen verloren, sich nachhaltig im Raum zu organisieren – zumindest so lange sie nicht gezwungen ist/wird, in revolutionärer Weise umzudenken.

2. Trägt die Lokale Agenda 21 wirklich zu mehr Nachhaltigkeit bei?

Paradox genug – der Mainstream des Nachhaltigkeits-Diskurses trägt in erheblichem Maße dazu bei, die Notwendigkeit zur radikalen Kurskorrektur zu verdrängen („Alles wird gut“). Es ist dabei meist von der Notwendigkeit einer „Anschlussfähigkeit“ der Agenda-Prozesse und -Maßnahmen die Rede, weil man doch „alle BürgerInnen“ mitnehmen möchte (während häufig sich etwa 80 Prozent aufs Trittbrettfahren beschränken), doch die Summe aller Machtkonstellationen, Interessenslagen und gelernter Alltagspraktiken (an die man anknüpfen soll und will) bringt moderne Gesellschaften Tag für Tag in eine nicht-nachhaltigere Richtung – und das hat, jeweils subjektiv betrachtet, „gute Gründe“. Weiter wird wiederholt die Forderung aufgestellt, LA 21-Prozesse dürften sich nicht gegen etwas richten, sondern sollten „für“ etwas sein. Natürlich lässt sich jede Anti-Haltung auch umgekehrt formulieren (insbesondere in harmonie-orientierten sozialen Milieus); viel wichtiger wäre es jedoch, wenn sich LA 21-Prozesse klar gegen nicht-nachhaltige wirtschaftliche, technologische, politische und gesellschaftliche

Trends stellen würden – man darf nicht nur, man sollte dagegen sein.

3. Stadtsoziologische Positionen

Warum können also eine Stadt und eine Stadtgesellschaft nicht nachhaltig sein? Dazu will ich der Frage nachgehen, warum und wie sich Gesellschaften im Raum organisieren. Dazu gehe ich auf drei Elemente ein: a) die gebaute, materielle Stadt (Gebäude, Funktionen, Verkehr, Kommunikation) in ihrer sozial-räumlichen und funktionalen Differenziertheit – Meso-Ebene; b) das raumbezogene Verhalten der Menschen in ihrer sozioökonomischen (Armut, Wohlstand) und soziokulturellen Ausdifferenzierung (soziale Milieus, Lebensstile) – Mikro-Ebene und c) die gesellschaftliche Steuerung (zwischen dem Einfluss des politisch-administrativen Systems und der Marktgesetze) – Makro-Ebene.

3.1 Die gebaute Stadt und städtebauliche Leitbilder

Die Städte, in denen wir leben, sind für die Industriegesellschaft gebaut. Die Städte der Industriegesellschaft orientieren sich an der Logik der Funktionstrennung (Charta von Athen), an den Leitbildern der „aufgelockerten und gegliederten Stadt“, der „autogerechten Stadt“, an der Eigenheim-Ideologie (Freiheit und Bindung an die Scholle) und einer „Mobilität als menschlichem Grundbedürfnis“. Das Organisationsmodell Fordismus schien dort am erfolgreichsten, wo sich Wirtschaftswachstum und soziale Kohäsion am ehesten erreichen ließen – das Problem jedoch: Das Erfolgsmodell war alles andere als nachhaltig: Es

exportierte Arbeitslosigkeit (durch Exportüberschüsse), zog qualifizierte ArbeitnehmerInnen von Ländern ab, die „auf dem Sprung zur Moderne“ standen, baute auf einem Kleinfamilien-Modell auf, das die geschlechtliche Arbeitsteilung zum Vorteil der Männer zementierte, und auch die Umweltsünden blieben (zu) lange unbeachtet.

Die funktional getrennte Stadtentwicklung seit den 1950er Jahren rückte die städtischen Funktionen erstmalig in der Geschichte von Städten auseinander, was sowohl die individuelle Mobilität voraussetzt, als sie auch erzeugt, mit dem Ergebnis, dass die Qualität städtischer Orte – jenseits der Zentralitäts- und Erreichbarkeitskategorie – immer heterogener wurde. Die Folge der unterschiedlicher werdenden Standortqualitäten waren innerstädtische und vor allem ins Umland gerichtete Umzüge, die weiteren Verkehr erzeugten und weiteren Flächenverbrauch nach sich zogen. Die Umlandgemeinden selbst gerieten immer stärker in den Wettbewerb, entsprechende Wohnbau- und Gewerbeflächen (in Verdrängungs-Konkurrenz untereinander) auszuweisen. Vor dem Hintergrund von fest verankerten und staatlich geförderten „Grundwerten“ wie Eigenheim und Mobilität zwingen Regionalplanung, Städtebau, Marktprozesse und individuelle sozial-räumliche Positionierungen also dazu, ein nicht-nachhaltiges Verkehrsverhalten zu zeigen resp. eine trotz Bevölkerungsstagnation weiterhin zunehmende Fläche zu besiedeln.

3.2 Urbane Lebensstile

Wenden wir uns also den StadtbewohnerInnen zu. Den kleinsten Fußabdruck haben die „kleinen Leute“, die Alten und Armen, die Häuslichen und die an die Hausarbeit Gebundenen – also all die sozialen Gruppen, die praktisch für niemand als Verhaltensvorbild taugen.* Sie haben überwiegend wenig Gelegenheit dazu, sich nicht-nachhaltig zu verhalten, während Spielräume in der Regel dazu genutzt werden, die nicht-nachhaltigen Trends zu stärken. Nun setzen an dieser Stelle viele auf Aufklärung, aber auch Aufklärung scheint wenig zu helfen, denn trotz des (besseren) Wissens um ökologische Zusammenhänge verhalten sich die Menschen eher nicht-nachhaltig, weil sie auch über einen höheren Bildungsgrad und mehr Geld verfügen.

Wie wichtig einem Menschen eine Orientierung an nachhaltiger Lebensweise (wie immer man das genau bestimmt) ist und ob dies auch konsequent gelebt wird, hängt vor allem von der Zugehörigkeit zu spezifischen Milieus ab, welche auf der einen Seite in Abhängigkeit von den strukturbedingten „Freiheitsgraden“ des Handelns stehen und auf der anderen Seite sich

auch zu „nachhaltigkeitsorientierten Lebensstilen“ verdichten können. Städtische Modernisierungsprozesse erzeugen jedoch genau diese Lebensstile eher nicht, denn an den Arbeitsmärkten nimmt das Modernisierungstempo zu, die Arbeitsabläufe und -verträge werden flexibilisiert, und die ArbeitnehmerInnen sind verlockt und gezwungen, mit eigenen Flexibilitäts-Angeboten zu reagieren. Die Folgen sind verstärkte Individualisierungstendenzen, ist eine Orientierung am hier und jetzt (und eben nicht am globalen Morgen oder am Nachbarn next door), sind zunehmende „Geschicklichkeiten“, mit eigenen Unsicherheiten umzugehen und eben nicht innerhalb von kollektiven Versorgungssystemen oder gar Generationen-Verträgen.

3.3 Städtische Steuerungen

Diese „städtische Modernisierung“ erzeugt eine Beschleunigung der Nicht-Nachhaltigkeit, andererseits wissen wir, dass wir nicht beliebig intensiv am Ast sägen sollten, auf dem wir es uns bequem gemacht haben. Es ist also ein Frage des Zeitpunktes, wann wir uns zwingen müssen umzudenken. Die Frage ist, wer die Zwänge ausspricht und wie zivil und gerecht umsetzt – politische Parteien werden sich insbesondere in einer Harmoniekultur dazu kaum trauen. Eine zweite Frage ist, ob der verbleibende Zeitraum besser genutzt werden kann, als im Zuge der Lemminge um zunehmende Nicht-Nachhaltigkeit eine möglichst führende Position einzunehmen.

Dazu muss man sich die Frage stellen, warum es neben ganz anderen, in der Regel eher nicht-nachhaltig wirksamen Politiken die der Nachhaltigkeit gibt. Warum jetzt? Warum in der Form? Welchen Stellenwert hat sie neben den anderen Politiken? Eine Antwort: „Die ökologische Umwelt ist so belastet, das haben die Menschen (endlich) eingesehen und nun machen sie sich auf, den Planeten zu retten“ wäre zu einfach. Eine andere ist: „Es gibt (neben dem Umweltschutz) so viele andere ungelöste Probleme (wachsende Armuts-Reichtums-Gegensätze, Logiken eines kaum noch regulierten Kapitalismus, zunehmender Partikularismus, Dominanz des ‚american way of life‘, der nach China und Indien nicht exportierbar ist, etc.), die man nur lösen kann, wenn man sie hinter der ‚Nachhaltigkeits-Frage‘ versteckt“ („draufsatteln“). Eine dritte: „Da der Anteil der Menschen, die sich über die Zukunft der ökologischen Umwelt Sorgen macht, zunimmt, muss man ihnen entgegenkommen und ein Feld der Symbolpolitik einrichten.“

Ich neige der letzten der drei Interpretationen zu – zumal die LA 21-Bewegung hierbei kräftig mitspielt. Die LA 21 ist eine „Abwiegungs-Veranstaltung“, ein zivilgesellschaftliches Trainingscamp für harmlose Übungen, im Sinne von Habermas II (Theorie kommunikativen Handelns), aktiv die Alltagswelt zu gestal-





ten. Habermas I hatte noch die Krise des Kapitalismus zutreffend analysiert und die Position vertreten, dass BürgerInnen-Bewegungen nur so lange einen Spielraum eingeräumt bekommen, so lange die Machtfrage nicht ernsthaft gestellt wird. In dem Moment, in dem die BürgerInnen als außerparlamentarische Opposition die demokratische Herrschaft herausfordern, wurden ihnen noch immer die Mittel gekürzt resp. der Prozess für beendet erklärt.

Die LA 21-Bewegung eignet sich sicherlich nicht dafür, auf sie alle in der Vergangenheit nicht sehr erfolgreichen emanzipativen und an Gerechtigkeits-Kriterien orientierten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen „draufzusatteln“. So lange man nicht analysiert, warum die Gleichberechtigung der Geschlechter zwar grundgesetzlich festgeschrieben ist, aber dennoch massive Benachteiligungen der Frauen im Erwerbssektor nach sich zieht, warum der Umweltschutz orientiert an technologischen Regelungen so weit nur zugelassen wird, wie die Produktionskostenbelastung dieses ermöglicht und so lange Sozialverträglichkeitsprüfungen an dem mangelnden Mut zur Festlegung von Schwellenwerten scheitern, wird die Interessenskonstellation nicht deutlich, welche das Modernisierungsmodell eng an Prozesse der Nicht-Nachhaltigkeit koppelt. Also alles hoffnungslos? Für die Natur am wenigsten, denn diese wird die kurze Episode menschlicher Besiedelung – wenn auch bisweilen durch anthropogene Eingriffe stark verändert – mit hoher Wahrscheinlichkeit überstehen; die größere Herausforderung ist, ob und wie die Menschheit in der Lage ist, eine für sie ausreichend gute Umwelt sicherzustellen, um auf der Erde (möglichst lange) zu überleben. Das geht – laut Brundtland-Bericht – nur dann, wenn die Ziele wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung im Hinblick auf Dauerhaftigkeit definiert werden (dieser Teil wird beim Zitat der bekannten Definition gerne ausgelassen).

4. Doch ein wenig Hoffnung?

Dennoch besteht Hoffnung auf einen grundlegenden Wandel, die vor allem darin liegt, dass mit den LA 21-Aktivitäten neue Formen freiwilliger, am Stadtviertel orientierter zivilgesellschaftlicher Aktivitäten entstehen, dass Menschen politischer werden, Diskurse anregen und politische Standards setzen und einfordern, die insgesamt eine Kultur der außerparlamentarischen Kritik etablieren, der sich Kommunalpolitik langfristig nicht entziehen kann.

Hierfür sind Städte die geeigneten Plattformen. Hier sind unterschiedliche Interessen eng beisammen, gibt es häufig widerstreitende Interessen um die Nutzung knapper Flächen, gibt es verschiedene Formen der Interessensartikulation und des politischen Kampfes. Das bedeutet, dass sich Meinungsbildung zuspitzen wird und muss, dass die Konflikte offen gelegt wer-

den, ausgetragen und ausgehalten werden müssen – anders kommt man nicht zu einer selbstbewussten bürgerlichen Zivilgesellschaft. Auch nur so kann man sich in modernem politischem Sinn emanzipieren, wie es die Logik deliberativer Demokratie nahe legt.

Die LA 21 ist also kein Handlungsfeld, in dem der Umweltschutz nennenswert verbessert werden kann, trägt auch kaum zu einer Überwindung der gesellschaftlichen Brüche bei (Armut-Reichtum, Integration) und wird wohl kaum eine neue Form der Regulation des Kapitalismus beitragen – aber sie kann die Köpfe verändern, die politische Kultur und damit diejenigen PolitikerInnen beeinflussen, die „im Namen der BürgerInnen“ reden und entscheiden. Das ist auch die subversive Idee: Wenn sich in allen Städten kleine Strukturen zivilgesellschaftlichen Selbstbewusstseins etablieren, dann kann es zu unumkehrbaren Prozessen führen. Ich plädiere also nicht gegen LA 21-Prozesse, sondern allenfalls gegen damit verbundene Illusionen – aber vielleicht sind diese (anfangs) auch ganz gut, denn so mancheR hätte sich nicht getraut teilzunehmen, wenn sie/er gewusst hätte, dass es um eine neue Demokratiekultur geht.

* An dieser Stelle sei auf die feministischen Veröffentlichungen kritisch hingewiesen, die aufgrund der Tatsache, dass der durchschnittliche männliche Fußabdruck (oder Elemente daraus) größer als der der durchschnittlichen Frau ausfalle, schlussfolgern, dass Frauen „von Natur aus“ oder aus einem Verantwortungs-Kalkül heraus nachhaltiger seien. Hier fallen die Autorinnen auf die Erscheinungsformen herein und berücksichtigen nicht gesellschaftliche Positionen. Vergleicht man ähnliche Positionen, wobei die Frauen in den „höheren“ deutlich unterrepräsentiert sind, dann verschwinden die Unterschiede zwischen den Geschlechtern rasch.

Jens S. Dangschat
Fotos: Andreas Bauer

Der für diese Ausgabe der *Münchener Stadtgespräche* modifizierte Text erschien erstmals auf www.nachhaltigkeit.at

Der Autor

Jens S. Dangschat ist Professor für Siedlungssoziologie und Demographie an der Technischen Universität Wien (Department Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung, Fachbereich Soziologie - ISRA). Forschungsgebiete: Stadt- und Regionalsoziologie, Soziale Ungleichheit, Segregation, Migration und Integration, nachhaltige Raumentwicklung, Raum- und Planungstheorien.



men. Ausschlaggebend für das Verfassungsgericht waren haushaltsrechtliche Gründe, die Abstimmung über das Verkehrsprojekt nicht zuzulassen. Nur voller Neid kann unsereins einen Blick auf unseren Nachbarn Schweiz werfen. Zahlreiche Fragen von der Gemeindeebene bis hin zum gesamten Land regeln die Eidgenossen mit Volksabstimmungen. Haushaltsrechtliche Vorbehalte engen den Handlungsspielraum nicht ein. So haben die Schweizerinnen und Schweizer beispielsweise mit direkten Plebisziten die Grundlage für ein System des öffentlichen Verkehrs geschaffen, das seinesgleichen sucht.

Nur Mut!

Plädoyer für einen Bürgerhaushalt

Nehmen wir ein weiteres Großprojekt, das zwar noch in einiger Ferne liegt, aber bereits heute finanziell zu Buche schlägt und weit reichende Auswirkungen auf unser Alltagsleben haben wird. Nach Wunsch und Willen des Münchner Oberbürgermeisters, des Stadtrats (gegen 1 Stimme) und zahlreicher Interessenverbände, bewirbt sich München um die Ausrichtung der Winterolympiade im Jahr 2018. Was die einen bereits heute als willkommenen wirtschaftlichen Impulsgeber feiern, würde für andere weniger erfreuliche Folgen haben. Jede weitere Stärkung der Metropolstruktur der Region München geht zu Lasten anderer Regionen im Land. Doch auch in der begünstigten Metropole würden nicht alle gleichermaßen vom sportlichen Großereignis profitieren: Wenn im Sog eines Booms die Kosten für Dienstleistungen und Wohnungsmieten steigen, haben Menschen mit geringem Einkommen das Nachsehen. Öffentlich diskutiert sind Pro und Contra einer Bewerbung um die olympischen Winterspiele 2018 bislang nicht, es fehlt damit an gesellschaftlicher und damit auch demokratischer Legitimation eines Ereignisses dieser Tragweite.

Reicht uns, was wir bereits haben? Anfang März haben Kommunalwahlen stattgefunden. Die Wahlbeteiligung hat mit 47,7 Prozent einen sehr tiefen Stand erreicht. Findet der Souverän am Wahlrecht und seiner Ausübung nicht mehr allzu viel Gefallen? Oder ist es schlicht das Verhalten vieler politischer Verantwortungs-

Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“ Mit diesem programmatischen Satz in seiner Regierungserklärung wollte Bundeskanzler Willy Brandt im Oktober 1969 in der Bundesrepublik eine neue Ära beginnen. Mit dem auf die Kurzformel gebrachten „Mehr Demokratie wagen!“ versprach die sozialliberale Bundesregierung eine Öffnung der Gesellschaft hin zu mehr Beteiligung auf allen Feldern der Gesellschaft. Diese Initiative der damaligen Regierung ist einerseits nicht vom geschichtlichen Kontext zu trennen, ging es damals doch darum, sich deutlich von der konservativ geprägten Bundesrepublik der Gründerjahre abzugrenzen. Andererseits erlaubt der optimistische Wahlspruch den Schluss: Demokratie ist also nicht gleich Demokratie. Grundgesetzlich verankert ist, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Dieses Recht übt das Volk, der Souverän, durch Wahlen und Abstimmungen aus. Wahlen entscheiden über die Zusammensetzung der Parlamente und Gemeindevertretungen und damit auch über die Regierungen.

Unklar ist bis auf den heutigen Tag die Frage, in welchem Umfang Bürgerinnen und Bürger denn auf dem Weg von Abstimmungen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können. Ein bundesweit geltendes Instrument Volksbegehren und Volksentscheid gibt es nicht. Im Oktober 1995 setzte in Bayern ein „von unten“ initiiertes Volksentscheid landesweit den kommunalen Bürgerentscheid durch. Seitdem verfügen die Bürgerinnen und Bürger Bayerns über ein Instrument, auf Gemeindeebene direkt auf das politische Geschehen Einfluss nehmen zu können. Allerdings gibt es dabei neben formalen Hürden eine gewichtige inhaltliche Barriere: Gegenstand von Volks- und Bürgerentscheiden dürfen keine Themen sein, die Auswirkungen auf den Haushalt haben. Dieses Schlüsselrecht, über Umfang und Zweckbestimmung des Haushalts zu bestimmen, beanspruchen die gewählten Vertreterinnen und Vertreter ausschließlich für Parlament, Stadt- und Gemeinderat. Bayerische Verfassungsrichter verneinten jüngst erst wieder die Rechtmäßigkeit eines Volksbegehrens, über den Bau des Transrapid abzustim-

träger, das zu Frustrationen und in der Folge zur Wahlenthaltung führt?

Neben Wahlen können sich die Bürger auf weiteren Foren zu Wort melden.

Mindestens einmal im Jahr finden in Gemeinden oder Stadtbezirken Bürgerversammlungen statt. Zusätzlich können Einwohnerversammlungen einberufen werden. Diese sind meist inhaltlich auf ein bestimmtes Thema begrenzt, folglich richten sie sich in der Regel nur an den betroffenen Teil der Bevölkerung. Auf beiden Veranstaltungen haben die Bürger Rede- und Antragsrecht. Einberufung, Organisation und Durchführung dieser Versammlungen liegen in der Hand von Gemeinde- und Stadtverwaltung. Geprägt sind diese Veranstaltungen durch einen recht starren Formalismus. Während die „Offiziellen“ ungehindert reden dürfen, beschränken sich Rede- und Antragsrecht der Bürger in aller Regel auf eine einmalige Wortmeldung. Diese wird zusätzlich auf Antrag der Versammlungsleitung auch noch auf eine Höchstdauer von einigen Minuten eingeschränkt. Ein lebendiger Dialog mit Politik und Verwaltung kann so kaum entstehen. Über die von Einwohner- oder Bürgerversammlungen verabschiedeten Anträge beraten und beschließen sodann die gewählten Gremien. Es steht in ihrer freien Entscheidung, den Anträgen von Bürger- und Einwohnerversammlungen zuzustimmen oder sie abzulehnen. Auch in diesem Verfahren steckt kein echter Dialog. Mit der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung seitens Verwaltung, Gemeinde- und Stadtrat hat sich der Bürger abzufinden. Ein weiterer Austausch von Argumenten findet nicht mehr statt. Gut gemeint und dennoch unbefriedigend oder ganz einfach unzeitgemäß, so lässt sich ein Fazit zu diesen Veranstaltungen ziehen. Lassen sich Einwohner- und Bürgerveranstaltungen offener gestalten? Es wäre es wert, darüber in eine öffentliche Diskussion zu treten.

Experiment gelungen

In Einzelfällen haben politische Gremien sich, sozusagen außer der Reihe, modernerer Formen partnerschaftlicher Entscheidungsfindung bedient: Der Bezirksausschuss Au/Haidhausen initiierte Ende der neunziger Jahre ein Konsensverfahren, um die verhärteten unterschiedlichen Interessenlagen verschiedener Gruppen, Anwohner, Gewerbetreibender, Kinder und Jugendliche, zur weiteren Gestaltung des Wiener Platzes in Haidhausen auszutarieren. Das Experiment gelang. Am Ende einigten sich die beteiligten, sich zuvor unversöhnlich gegenüber stehenden Interessengruppen. Heute ist die Gestaltung des Wiener Platzes unumstritten, gewiss auch deshalb, weil dieses Verfahren am Ende

keine Sieger und Verlierer schuf, sondern eine Lösung bot, die alle Beteiligten als fair ausgehandelte Kompromisslösung trugen und auch heute zu diesem Ergebnis stehen.

Der Bürgerhaushalt

Eine unmittelbare Bürgerbeteiligung an Haushaltsentscheidungen ist, wie bereits bemerkt, bislang nicht vorgesehen. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide dürfen explizit nicht zu haushaltsrelevanten Entscheidungen stattfinden. Ihren Ursprung hat die Idee des Bürgerhaushalts in der Agenda 21-Initiative. In aller Munde war seinerzeit die brasilianische Stadt Porto Alegre als leuchtendes Vorbild, die einen Bürgerhaushalt etablierte. Einige Dutzend Kommunen in Deutschland praktizieren mittlerweile den Bürgerhaushalt, so beispielsweise Köln oder Berlin-Lichtenberg. Öffentliche Haushalte sind unterteilt nach gesetzlich geregelten Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen, über die Gemeinde- und Stadtrat nach freiem Ermessen beschließen. Der weitaus größte Anteil des Haushalts der Landeshauptstadt München fließt in die Finanzierung von Pflichtaufgaben. Daneben verbleibt ein kleinerer Teil des Budgets von etwa neun Prozent des Gesamtetats für die „Kür“. Hier kann der Stadtrat gestaltend tätig werden: Schwimmbad, Grünanlage, Sozialticket, Gewerbegebiet – oder lieber eine Bewerbung um die Ausrichtung der nächsten Olympischen Spiele? Auch wenn diese etwa neun Prozent auf den ersten Blick bescheiden wirken, bei einem gesamtstädtischen Etat von etwa 4,495 Milliarden Euro handelt es sich um keine Kleinigkeit. Die Idee des Bürgerhaushalts setzt an diesem Teiletat freiwilliger Leistungen an. Hier sollen sich Verwaltung und Politiker der Mitsprache und Mitentscheidung der Bürger öffnen.

Der städtische Haushalt dürfte der überwiegenden Mehrheit der Münchner ein Buch mit sieben Siegeln sein. So informiert beispielsweise das Falblatt „München in Zahlen“ über die Sonnenscheindauer in Stunden, Angaben zum Kommunalhaushalt sucht man vergebens. Immerhin: Jahr für Jahr veröffentlicht die Landeshauptstadt eine Broschüre zum laufenden Stadthaushalt. Hier finden sich Angaben zur Haushaltsstruktur, zu Einnahmen und Ausgaben, bezogen auf die städtischen Referate.

Beteiligungsverfahren entwickeln

Ohne Initiative kein Bürgerhaushalt – auf diese einfache Formel lässt sich der Anfang des Verfahrens bringen. Äußerst selten werden Verwaltung oder gewählte Gremien von sich aus einen Bürgerhaushalt auf den Weg bringen. Warum auch, denn

ein Bürgerhaushalt verursacht zunächst Mehraufwand und birgt zudem aus Sicht der gewählten Vertreter die Gefahr eines „Bedeutungsverlusts“. Wahrscheinlich dürfte es so sein, dass interessierte Bürger das Anliegen formulieren und sich um Zustimmung von Verwaltung und Gewählten bemühen. Besteht erst einmal grundsätzliche Bereitschaft zum Bürgerhaushalt, gilt es, ein geeignetes Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Eine leicht verständliche Information ist ein weiterer wesentlicher Baustein, um allen Bürgern, auch „bildungsfernen“ Menschen oder Bürgern ausländischer Herkunft, das Verfahren und dessen Ziel zu erläutern. Mehr Mitsprache bedeutet selbstverständlich auch mehr Mitverantwortung für beschlossene und umgesetzte Investitionen. Hier liegt eindeutig der Gewinn für die Gemeinde und die Stadt, die einen Bürgerhaushalt ein-



führen. Die beteiligten Bürger identifizieren sich nicht nur im allgemeinen mehr mit „ihrer“ Stadt oder Gemeinde, es dürfte auch ganz konkret die Zufriedenheit steigen, wenn denn ein Grünzug dank des Bürgerhaushalts finanziert oder das Schwimmbad endlich renoviert wurde. Erste Gehversuche mit einem Bürgerhaushalt lassen sich in einer Großstadt wie München wohl am besten auf der Ebene der Stadtbezirke unternehmen. Als Bündnispartner bieten sich dazu die Bezirksausschüsse an. Ein Bürgerhaushalt auf überschaubarer Ebene wäre geeignet, eine Brücke zwischen Bürgern, den politischen Entscheidungsträgern und der Verwaltung zu schlagen, deren Entscheidungen allzu oft als „von oben herab“ empfunden werden, wenn die Bürger sich in der Zuschauerrolle wiederfinden.

Andreas Bohl, Haidhauser Nachrichten
Fotos: Nagy / Presseamt München (linke Seite),
Thomas Rath



In den aktuellen Statistiken des deutschen Tiefkühlinstituts in Köln zeichnet sich ein wahrer Boom an tiefgefrorenen Backwaren ab – Folge und Ursache des derzeitigen Strukturwandels im Backgewerbe. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat schon über ein Drittel der Handwerksbäcker aufgegeben, weil sie gegen die Backshops keine Chance mehr haben. Eine Entwicklung, die im Ausland noch viel dramatischer verläuft. Während in Deutschland der Anteil der traditionell arbeitenden Bäcker immerhin noch zwölf Prozent ausmacht, sind es in Holland und Großbritannien nur noch rund vier Prozent.

Erdbeerkuchen im Winter, backofenfrisch und mit immer gleichbleibendem Geschmack. Ermöglicht wird das Billigangebot der Backshops durch die Kältetechnik und einen enormen logistischen Aufwand. Die maschinelle Massenherstellung der Produkte in einem Arbeitsgang senkt Produktionskosten und spart Personalkosten. Bäckereiprodukte von heute werden aufgrund der geringeren Lohnkosten oft sogar aus dem Ausland importiert. Der lange Weg des Getreidekorns beginnt häufig in Osteuropa, geht über eine Mühle, wo das Mehl mit Zusatzstoffen versetzt wird, die Schimmelbefall vermeiden sollen. Von dort gelangt es in eine Industriebäckerei – meist eine riesige Produktionsstätte – wo es von Maschinen mit Hilfe von zahlreichen synthetischen und chemischen Zusatzstoffen sowie Fertigbackmischungen zu Teiglin-

Die Ökobilanz

Produkte aus ökologischer Landwirtschaft sind allgemein mit 10 bis 15 Prozent weniger Klimagasen behaftet als konventionelle. Eine Tonne Getreide aus biologischem Anbau benötigt nur rund halb so viel Energie wie konventionell angebautes. Eine Studie des Öko-Instituts kam zu dem Ergebnis, dass Brote aus Backmischungen am

Unser täglich Brot

Von Tiefkühl-Ware und Öko-Laiben

Selbstbedienungs-Backshops schießen wie Pilze aus dem Boden und locken mit Tiefstpreisen. Doch wie nachhaltig kann es sein, Grundnahrungsmittel wie Brot und Semmeln billigst zu produzieren? Und wie geht es anders?

gen verarbeitet und gefrostet wird. Diese werden dann per Tiefkühl-LKWs an Filialen oder Franchise-Unternehmen in ganz Deutschland geliefert, um vor Ort „frisch“ aufbacken zu werden. Die Steuerung der Gärzeit mittels Kälteverfahren und das anschließende Auftauen belasten den Teig dabei so sehr, dass stabilisierende Backmittel und vermehrt Emulgatoren verwendet werden müssen.

Die Richtung geändert

Dass es auch anders geht, zeigt die Hopffisterei. Die Münchner Großbäckerei beliefert 140 Filialen und 700 Einzelhandelsgeschäfte in Bayern und Baden-Württemberg – und wirtschaftet dabei nachhaltig und transparent. Alle Zutaten stammen aus ökologischer Landwirtschaft. Fertigteige und Backmischungen, Zusatzstoffe oder Backhilfen sind tabu. 1982 hat sich die Hopffisterei München der ökologischen Brotherstellung verschrieben, seit 1984 versucht die Bäckerei, die Umweltbelastung des gesamten Herstellungsprozesses ihrer Produkte mit Hilfe eines Umweltmanagementsystems und durch Ökobilanzen möglichst gering zu halten.

Für Margaretha Stocker, die Chefin im Familienbetrieb Hopffisterei, gibt es keine Alternative zum Verzicht auf Massenproduktion und Chemie in der Landwirtschaft: „Wir sehen doch, dass man so nicht weitermachen kann. Und wenn wir erkennen, dass der Weg falsch ist, müssen wir die Richtung ändern.“

meisten Energie brauchen. Für Aufbackbrötchen muss dreimal mehr Energie aufgewendet werden als für frische Semmeln. Die Produktion von Ökobrot dagegen verbraucht am wenigsten Energie. Die ökologische Produktion der Hopffisterei hält pro Jahr 3035 Hektar Getreidefelder chemiefrei. Das erspart uns knapp 440 Tonnen chemisch-syn-

Der Verband der deutschen Backmittel- und Backgrundstoffhersteller geht davon aus, dass so gut wie fast alle Bäcker Backmischungen verwenden, um Risikofaktoren zu minimieren sowie Zeit und Personal zu sparen. Die Fertigbackmischungen werden einfach mit Wasser angerührt, den Rest machen die Maschinen. Insgesamt sind über 70 Zusatzstoffe erlaubt, die oft mit Hilfe gentechnisch veränderten Mikroorganismen hergestellt werden. Aufgrund der unvollständigen Deklarationspflicht bei losen Backwaren ist der Kunde ahnungslos.

Ein transparenter Prozess

Bei Ökoprodukten hingegen ist aufgrund der lückenlosen Kontrolle aller Warenströme der gesamte Erzeugungs- und Verarbeitungsprozess transparent. Caroline Ebertshäuser, Sprecherin der Hopffisterei, betont, dass auf allen Waren genauestens gekennzeichnet sei, was zu welchem Anteil drin ist: „Dass bei uns alles offen gelegt wird, dafür kann ich meine Hand ins Feuer legen“. Durch die Zusammenarbeit mit dem ökologischen Anbauverband Naturland und durch die eigene Meyermühle in Landshut ist der Hopffisterei eine Kontrolle vom Korn bis zum Brot möglich. Neben den verwendeten Zutaten findet der Verbraucher auf der Homepage auch die Ökobilanzen, und er kann bei einer der regelmäßigen Führungen die Bäckerei besichtigen.

Während Backshops und Tiefkühlbackwaren den Trend zur geringen Wertschätzung von Lebensmitteln verstärken, versucht die Hof-

thetische Düngemittel und Pestizide.

Die sozialen und ökologischen Folgekosten beispielsweise für Trinkwasserverschmutzung und Erosion betragen laut Berechnungen der University of Essex mehr als 300 Euro pro Hektar und Jahr – plus die vom Steuerzahler finanzierten Subventionen für die konventionelle Landwirtschaft.



pfisterei durch Projekte und Angebote für Schulen und Kindergärten oder durch die Zusammenarbeit mit dem Landesbund für Vogelschutz, schon Kinder für die Themen Ernährung und Natur sensibel zu machen.

Für Caroline Ebertshäuser wäre eine ökologische Herstellung von Lebensmitteln mit ausbeuterischen Arbeitsbedingungen ein klarer Widerspruch. Die Hopffisterei zahlt den Landwirten deshalb faire Preise und hat langfristige Handelsbeziehungen mit ihnen. Auch auf regionale Produktion wird Wert gelegt. 85 bis 95 Prozent des verwendeten Getreides stammen aus Bayern, der Rest kommt aus den umliegenden Bundesländern. Die gute Zusammenarbeit hat nebenbei auch dazu geführt, dass die Hopffisterei Wurst, Schinken und Käse von „ihren“ Naturland-Bauern anbietet.

Der Schutz der Natur hat für die Hopffisterei oberste Priorität. Trotz der schwierigen Phase während der Umstellung von der 700 Jahre alten Traditionsbäckerei hin zu einem nachhaltigen Unternehmen hat die Familie nach den Worten von Caroline Ebertshäuser nie an ihrem Konzept gezweifelt: „Uns hat bestärkt, dass es letztendlich erfolgreich war und ist. Wir haben gerade am Anfang viele Mühen auf uns genommen, aber gezeigt, dass es geht.“

Christiane Schwaller

Fotos: www.oekolandbau.de (linke Seite),

Thomas Rath





Es ist deine Stadt. Grab sie um!

Urbane Landwirtschaft in München

Städte, so eine der Theorien der Moderne, sind Orte der Entfremdung. In ihnen begegnen sich die Menschen „auf distante und gleichgültige Weise im öffentlichen Raum“, sagt die Soziologin Christa Müller unter Berufung auf Georg Simmel, einen der großen Theoretiker der Epoche. Im Rahmen einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung soll Stadtplanung dagegen heute dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern sowie die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln. Ein Weg, den genannten Zielen näher zu kommen, führt über die Rückkehr der Landwirtschaft in die Städte.

Landwirtschaft inmitten von Metropolen wie München, Buenos Aires, New York oder Wien? Auf den ersten Blick mag dies verwundern, selbst in einer vergleichsweise „grünen“ Stadt wie München. Denn nach wie vor gilt im öffentlichen Bewusstsein: Landwirtschaft gehört aufs Land, und Stadt ist Stadt. Ein Blick in die Welt zeigt jedoch: Urbane Landwirtschaft in Form von Gemeinschaftsgärten, interkulturellen Gärten oder Selbsternteprojekten ist ein verbreitetes Phänomen.

ten oder Selbsternteprojekten ist ein verbreitetes Phänomen.

multifunktional – multikulturell

Faszinierend sind dabei die zahlreichen ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Facetten solcher Projekte. Vor allem in Entwicklungsländern steht der Zugang zu kostenloser Nahrung, also die Ernährungssicherung, im Mittelpunkt. Auch die berühmten „Community Gardens“ in New York dienen vorrangig diesem Zweck. Die Bewohner armer Viertel nahmen dort unbebaute Grundstücke in Beschlag, um sich mit dem Lebensnotwendigen versorgen zu können. Gerade in Nordamerika ist dies kein Einzelfall, vielfach ist die Anlage von Nachbarschaftsgärten hier Teil von städtischen Sozialprogrammen für Menschen, denen es an Geld für das tägliche Essen fehlt. Zusätzlich bieten die Gärten befriedigende Arbeit und verbessern die nachbarschaftlichen Verhältnisse. In Europa dienen Gemeinschaftsgärten zusätzlich als Kultur- und Naherholungsräume, in denen es oftmals auch Bildungsangebote gibt. Wo, wie zunehmend üblich, grundle-

gendes Wissen darüber fehlt, wie Lebensmittel hergestellt werden, können in Gemeinschaftsgärten gerade solche Zusammenhänge erfahrbar werden. Die Methoden des Ökolandbaus sind oftmals verpflichtend.

In Deutschland sind als weitere Facette der Gemeinschaftsgärten die interkulturellen Gärten im Kommen, in denen Flüchtlings-, Migranten- und deutschen Familien die Möglichkeit gegeben werden soll, kulturenübergreifend zusammen zu arbeiten. Gerade für Menschen aus anderen Kulturen ist es von großer Bedeutung, Pflanzen aus ihrer Heimat anzubauen. Das Tauschen von Saatgut untereinander verbindet, es ist zudem ein wichtiger Weg zur Erhaltung und Weiterverbreitung landwirtschaftlicher Vielfalt.

Gemeinschaftsgärten, interkulturelle Gärten, Krautgärten

Auch in München gibt es eine Reihe von Projekten urbaner Landwirtschaft. Derzeit existieren vier interkulturelle Gärten, zwölf Krautgärten und etliche Nachbarschafts-

gärten. Probleme gibt es dabei insbesondere bei den zur Verfügung stehenden Flächen. In einem Umfeld, in dem die bauliche Verdichtung bereits soweit fortgeschritten ist, dass über „Nachverdichtung“ gesprochen wird, ist der Druck auf noch ungenutzte Flächen naturgemäß hoch. Laut Stiftung Interkultur, der Vernetzungs- und Koordinierungsstelle für Interkulturelle Gärten in Deutschland und Europa, ist die Schere zwischen Angebot und Nachfrage in München so hoch, dass jede freie Fläche 15 bis 50 Mal genutzt werden könnte. Gemeinwesenorientierte Nutzung konkurriert dabei mit gewinnorientierter Nutzung (Bauland) – mit vorhersehbarem Ausgang. In Berlin musste ein Gemeinschaftsgarten bereits schließen, nachdem die Nutzer gegen einen Investor den Kürzeren gezogen hatten.

Was in München bislang fehlt, ist politische Rückendeckung zur Einrichtung von Gemeinschaftsgärten sowie eine breite öffentliche Diskussion über die Aspekte urbaner Landwirtschaft. Als Vorbild könnte dabei Berlin dienen. Dort gibt es bereits einen Senatsbeschluss, der die Anlage von zwei Gemeinschaftsgärten pro Stadtbezirk einfordert, als Orte für den Natur- und Umweltschutz sowie der sozialen Integration in der Region. Forderungen nach „Gemeinschaftsgärten in allen Stadtbezirken“ werden mittlerweile auch in München laut. Brachliegende Flächen, ungenutzte Baugrundstücke und Teile von Grünflächen sollen entweder unentgeltlich oder gegen eine geringe Pacht zur Verfügung gestellt werden. Der Stadtrat will im Rahmen eines Pilotprojekts bis 2009 geklärt wissen, ob sich ein derartiges Ansinnen realisieren lässt. Obwohl bisher ein klares Bekenntnis zu Gemeinschaftsgärten fehlt, ist die Stadt nicht untätig und fördert mit den Münchner Krautgärten die gärtnerische Betätigung ihrer Bürger. Zwölf Krautgärten gibt es mittlerweile, hauptsächlich im Osten und Westen der Stadt. In diesen Selbsternstprojekten können Bürgerinnen und Bürger einen kleinen Abschnitt vorab bestellter Äcker pachten und bis zur Ernte weiter pflegen.

Dennoch: Für eine langfristige Perspektive ist es auch für die Stadt München geboten, Farbe zu bekennen. Sollen Gemeinschaftsgärten lediglich als „Reserveflächenverwaltung“ für nachfolgende ökonomisch „höherwertige Nutzungen“ dienen, oder werden sie in ihrem vielfältigen Nutzen für Stadtbild, ökologische Oasen und Orte sozialer Integration erkannt und als wichtiges Element einer nachhaltigen Stadtentwicklung gefördert?

Andreas Bauer

Fotos: www.oekolandbau.de/ Dominic Menzler

Bio ja – Gentechnik nein

Weichenstellungen für Landwirtschaft und Ernährung

Bereits sehr früh hat sich die Landeshauptstadt mit den Themen Landwirtschaft im Einzugsbereich der Stadt sowie gesunde Ernährung beschäftigt und diese auf ihre politische Agenda gesetzt. So gibt es Projekte zur Förderung des Einsatzes ökologischer Lebensmittel und seit fast zehn Jahren ein Verbot für den Anbau genmanipulierter Pflanzen. Mit dem Grüngürtelprojekt macht die Stadt sogar Landwirtschaftspolitik im Kleinen.

Biostadt München

2006 fasste der Stadtrat den Beschluss, den Einsatz von Bio-Lebensmitteln in München zu fördern. Einen Schwerpunkt sieht die Stadt dabei in Schulen und Kindergärten. Gerade in Kindereinrichtungen fällt die Politik der Stadt offenbar auf

Möglichkeit, ein weitergehendes Verbot, das sich auf den gesamten Stadtbereich erstreckt, durchzusetzen. Darüber hinaus hat OB Ude im Jahr 2006 die Petition „Gentechnik freie Regionen und Gebiete“ mit unterzeichnet. Darin wird die Europäische Kommission aufgefordert, das demokratische Recht lokaler und regionaler Regierungen zu schützen, den Anbau genmanipulierter Pflanzen zu verbieten. Die Petition wird aktuell von fast 150 europäischen Regionen von der Bretagne bis zur Toskana unterstützt.

Der Münchner Grüngürtel

Als Grüngürtel werden 335 km² nicht bebauter Freiräume am Stadtrand von München bezeichnet, die zu einem hohen Anteil aus Biotopen und extensiv bewirt-



fruchtbaren Boden, der Bio-Anteil ist hier besonders hoch. Zumindest in den städtischen Kindergärten und Horten soll in wenigen Jahren sogar die Hälfte der verwendeten Lebensmittel ein Öko-Siegel tragen. Aber auch in städtischen Kantinen und in der Münchner Gastronomie wird dafür geworben, Bio-Produkte auf die Speisekarte zu setzen. Mit Erfolg: Wer ökologisch erzeugtes Essen schätzt, wird in München inzwischen auch jenseits der eigenen vier Wände fündig.

München gentechnikfrei

Im umstrittenen Bereich der Agro-Gentechnik hat sich die Landeshauptstadt schon sehr früh positioniert: Als erste deutsche Großstadt untersagte München schon 1999 den Anbau genmanipulierter Pflanzen auf allen städtischen Betrieben und Flächen (2800 Hektar). Leider hat die Stadt nach derzeitiger Rechtslage keine

schafteten landwirtschaftlichen Flächen bestehen. Ein Gutachten kam schon 1987 zu dem Schluss, dass nachhaltige und extensive Landwirtschaft ein entscheidender Faktor beim Erhalt dieser ökologisch wertvollen Flächen ist. Denn neben der Erzeugung von regionalen und hochwertigen Lebensmitteln, die allerdings nur zu einem geringen Teil biozertifiziert sind, schützt landwirtschaftliche Nutzung des Grüngürtels vor weiterer Flächenversiegelung und sorgt dafür, dass ein Naherholungsraum erhalten werden kann. Der vielfältige Nutzen einer nachhaltigen Landwirtschaft wurde in München schon früh erkannt. Inzwischen beteiligen sich etwa 30 Landwirte am Münchner Grüngürtel-Projekt. Ihre Produkte – Weidefleisch, Kartoffeln und Heu – vermarkten sie meist direkt über lokale Märkte.

Andreas Bauer



München ist eine der wenigen Städte, die noch über dieses Tafelsilber verfügt: ein eigenständiges Stadtwerke-System. Die Stadtwerke München GmbH (SWM) sehen ihre Unternehmensverpflichtung „in der nachhaltigen Energiewirtschaft“. Rund 140.000 Haushalte, sagen die SWM, können sie bereits heute durch Energie aus Wasser- und Windkraft, Sonnenlicht und Biogas sowie durch Geothermie versorgen. Und sie schreiben sich auf die Fahnen, dass etwa 80 Prozent des Stroms für München in energieeffizienten und klimaschonenden Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) gewonnen werden, während der entsprechende Anteil bei der Stromproduktion im Bundes- und EU-Durchschnitt lediglich bei zehn Prozent liegt.

Münchens Energiemix

Auf den Internet-Seiten der SWM findet man ein Kuchendiagramm zum Energiemix. Demnach werden für die Strom- und Wärmeerzeugung Münchens zu 83,5 Prozent die fossilen Brennstoffe Steinkohle und Erdgas eingesetzt. Das nächste Tortenstück ist die Verbrennung von Klärschlamm und Abfall mit 12,5 Prozent, gefolgt von den Erneuerbaren Energien mit 3,8 Prozent und einem kleinen Anteil von Heizöl mit 0,3 Prozent. Man kommt ins Stutzen, ist doch bekannt, dass die Stadt München mit 25 Prozent Anteilseignerin am Atomkraftwerk Isar 2 in Ohu bei Landshut ist. Immerhin ein Drittel des von den SWM erzeugten Stroms stammt aus Ohu.

Atomstrom – ein ungeliebtes Kind

Auch auf der Rechnung taucht der Atomstrom aus Ohu nicht auf, weder beim „normalen“ M-Strom, noch beim umweltbewussteren M-Natur-Strom. Die Lösung: Die Münchner Kunden beziehen ihre Energie nicht vom Mutterkonzern, sondern von der SWM Versorgungs-GmbH, die wiederum den Strom von der SWM Service-GmbH erhält. Diese erzeugt den M-Natur-Strom in eigenen Anlagen wie den Heizkraftwerken im KWK-Prozess, in Wasserkraftwerken und anderen kleineren Anlagen mit regenerativer Energieerzeugung in ausreichender

Menge, um den Gesamtbedarf der Münchner Verbraucher zu decken. Die Versorgungs-GmbH dagegen hat in ihrem Energiemix auch die fossilen Anteile Kohle und Erdgas. Die sind beim M-Strom aufgelistet, aber auch hier fehlt der Atomstrom. Der Ohu-Anteil ist beim Mutterkonzern verblieben und wird an Unternehmen und Großkunden abgegeben. Schade eigentlich, dass die SWM dieses Versteckspiel nötig haben.

Vorsehend hatten sich die Stadtwerke bemüht, für den durch den Atomausstieg bedingten Wegfall des Atomstrom-Anteils aus Ohu im Jahr 2020 frühzeitig Ersatz zu schaffen: Sie hatten sich an einem Kohlekraftwerk-Neubau im nordrheinwestfälischen Herne beteiligt. Inzwischen haben allerdings die explodierenden Kosten das Projekt gestoppt, und zwar dauerhaft: Im neuen Koalitionsvertrag hat sich das Rathaus-Bündnis darauf verständigt, dass weiteren Beteiligungen der SWM an Kohlekraftwerken nicht zugestimmt wird. Das gilt auch für den Herne-Ersatz.

Das größte Solardach der Welt

Im Vergleich der zehn größten Städte in Deutschland haben die SWM mit knapp vier Prozent den höchsten Anteil regenerativ erzeugten Stroms. Und diesen wollen sie bis 2020 verfünffachen, ein ehrgeiziges Ziel. Als erste europäische Großstadt sollen alle Privatkunden Münchens mit solchem Strom versorgt werden – wofür die SWM eine Milliarde Euro in den kommenden Jahren investieren wollen. Das Geld schießt der umweltbewusste Kunde vor, der den teureren M-Natur-Strom der Stadtwerke bezieht: Mit einem Aufpreis von 1,82 Cent je Kilowattstunde finanziert er den Ausbau der regenerativen Energieerzeugung Münchens. Die SWM versichern, dass alles, was durch M-Natur eingenommen wird, „unmittelbar und zeitnah“ ausschließlich in den Neubau regenerativer Stromerzeugungsanlagen in und um München investiert wird. Was „zeitnah“ heißt, bleibt allerdings offen.

Seit dem Start von M-Natur 1999 sind etwa 2,6 Millionen Euro in neue regenera-

Öko-Strom

Die Stadtwerke haben

München ist gerne vorn mit dabei, war die Stadt 2005 Gewinnerin im Wettbewerb Deutschen Umwelthilfe, woraufhin sie ihren Trittin zur „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ ernannt hat. Und es um die Energieversorgung in der Stadt haben wir uns einmal näher angeschaut.

tive Erzeugungsanlagen geflossen. So wurden Mitte 2005 ein kleines neues Wasserkraftwerk an der Stadtbachstufe und Ende 2006 eine Biogasanlage im Tierpark Hellabrunn in Betrieb genommen. Darüber hinaus konnten elf Photovoltaikanlagen in München errichtet werden. Hier ist nach Angaben der SWM München sogar Welt-





n für alle!

en ehrgeizige Ziele

Wenn es um den Klimaschutz geht. So
Wettbewerb „Energiesparkommune“ der
e vom damaligen Umweltminister Jür-
Energiesparen“ gemacht wurde. Wie
Großstadt München heute bestellt ist,
haut.

meister: Die Messe Riem hat demnach das
größte Solardach der Welt, mit einer pho-
tovoltaisch genutzten Fläche von 38.100
Quadratmetern.

Was ist sinnvoll in München?

Um diese Frage zu klären, hat die Stadt
München ein Gutachten beim Öko-Institut



in Auftrag gegeben. In der Studie, 2004
veröffentlicht, waren verschiedene Szena-
rien untersucht worden, wobei als wesent-
licher Faktor zum Erreichen der ehrgeizigen
Münchner Ziele die Einbeziehung von
möglichst viel Biomasse aus der Region
genannt war. Nach eigenen Angaben wol-
len die SWM im nächsten Jahrzehnt einen
zweistelligen Millionenbetrag im Bereich
„Biogas aus Biomasse“ investieren. In der
ersten Biogasanlage im Tierpark Hella-
brunn werden pflanzliche Futterreste und
der Mist der pflanzenfressenden Tiere für
die Biogasgewinnung eingesetzt. In einem
Blockheizkraftwerk (BHKW) wird der da-
durch gewonnene Strom ins SWM-Netz
eingespeist, die Wärme geht in das Heiz-
netz des Tierparks.

Auch eine neue Trockenfermentationsan-
lage im Entsorgungspark Freimann des Ab-
fallwirtschaftsbetriebs München ist bereits
in Betrieb: Dort sollen pro Jahr 25.000 Ton-
nen Bioabfall der Münchner in Gas ver-
wandelt werden. Weitere Projekte oder fi-
nanzielle Beteiligungen an Biogas-Anlagen
sind geplant.

Biogas aus Rest- und Abfallstoffen im
KWK-Prozess ist durchaus sinnvoll. Wer-
den dafür aber eigens angebaute nach-
wachsende Rohstoffe eingesetzt oder von
weither transportiert, bleibt die Sinnhaf-
tigkeit auf der Strecke. Deshalb ist der ge-
plante umfangreiche Ausbau des Biomas-
se-Pfades höchst umstritten.

Als zukunftsfähig sehen die SWM auch Be-
teiligungen an Solaranlagen im Süden Eu-
ropas sowie Off- und Onshore-Windkraft-
anlagen an der Küste. Die Windkraft in
München reicht für eine lohnende Versor-
gung nicht aus, deshalb gilt das Windrad
auf dem Fröttmaninger Müllberg eher als
Wahrzeichen.

Aussichtreicher scheint da die Geother-
mie: Knapp 3000 Meter unter der Messe-
stadt Riem haben die SWM ein riesiges
Heißwasservorkommen als Erdwärme er-
schlossen und Deutschlands leistungs-
stärkste Geothermie-Anlage errichtet. Sie
versorgt 88 Prozent des Riemer Wärmebe-
darfs. In Sauerlach wird derzeit das erste

Geothermie-Heizkraftwerk gebaut. Auch im
künftigen Stadtteil Freiham wird auf die
Wärme aus der Erdkruste gesetzt.

Bei der Nutzung der Wasserkraft sind Aus-
baumöglichkeiten begrenzt. Heute betrei-
ben die SWM zehn Wasserkraftwerke zur
Stromerzeugung. In Planung sind zwei
neue Kraftwerke an der Isar: am Großhes-
seloher Wehr und in Höhe der Praterinsel.
Strittig ist jedoch, ob die Wassermengen
der Isar ausreichend sind.

Das größte Potenzial Münchens ist die
Sonne: Mit dem Ausbau der Solarnutzung
kann noch einiges erreicht werden, nicht
nur mit Photovoltaik zur Stromerzeugung,
auch mit Solarwärme-Anlagen.

Ebenso sinnvoll ist ein Ausbau der städti-
schen Fernwärmeversorgung. Derzeit ver-
sorgen die Heizkraftwerke Nord und Süd
die Münchner Innenstadt, Freimann, Bo-
genhausen, Perlach, Sendling und angren-
zende Gebiete, eine Erweiterung ist ange-
strebt.

Die Konkurrenz schläft nicht

Um bei den Münchner Bürgerinnen und
Bürgern konkurrenzfähig zu bleiben, müs-
sen sich die Stadtwerke ranhalten. Seit
der Liberalisierung des Strom- und Gas-
marktes gibt es eine Reine von Anbietern,
die entweder billiger sind als die SWM
oder transparenter in Bezug auf die Ver-
wendung umweltverträglicher Energie-
quellen. Erfreulich ist, dass für die Rat-
hauskoalition nach wie vor eine Veräuße-
rung oder Teilveräußerung der Stadtwerke
nicht in Betracht kommt und dadurch eine
eigenständige kommunale Energiepolitik
gesichert bleibt. Der geplante ehrgeizige
Ausbau der Erneuerbaren Energien ist die
richtige Richtung. München könnte ganz
vorne dabei bleiben.

Christina Hacker

Fotos: Stadtwerke München
(oben von links: Windkraft in Fröttmaning,
Geothermie-Bohrung in Sauerlach, Photovoltaik-
anlage in Riem, Wasserkraftwerk an der Isar;
unten: Biogasanlage im Tierpark)



Der Kampf um die lukrativen Patienten

Gesundheitsversorgung in München

München hat die höchste Arztdichte und die meisten Krankenhausbetten in Deutschland. In München gibt es 5042 niedergelassene Ärzte, davon 965 Allgemeinärzte und praktische Ärzte sowie 3146 Fachärzte. Auf 10.000 Einwohner kommen in München 100 Krankenhausbetten – im Bundesdurchschnitt sind es 64. Das Angebot an Computertomographen, Kernspintomographen und Herzkathetermessplätzen ist weltweit fast einmalig.

Man sollte also glauben, dass jeder die medizinische Behandlung bekommt, die er braucht. Dem ist aber nicht so. Wer einen Facharzt braucht, muss häufig mehrere Wochen warten. Operationen, die nicht notfallmäßig notwendig sind, müssen hinten anstehen. Warum ist das so? Wir erleben derzeit, dass die medizinische Versorgung sich hin zu mehr Markt entwickelt. Dies betrifft ebenso den ambulanten wie den stationären Bereich. Um Patienten wird konkurriert. Wo es keinen Markt geben kann und darf, das ist die Notfallversorgung – Patienten in Notsituationen müssen adäquat versorgt werden. Die Kliniken des Städtischen Klinikums München haben den Sicherstellungsauftrag für die

stationäre Versorgung, und sie erfüllen ihn in bester Weise. Konkurrenz gibt es um planbare medizinische Eingriffe, insbesondere bei Privatpatienten. Das liegt in aller erster Linie an der Art der Vergütung, denn Privatpatienten im ambulanten und stationären Bereich bringen dem Leistungserbringer mehr Geld. Das führt dazu, dass bei planbaren medizinischen Maßnahmen gesetzlich krankenversicherte Patienten derzeit eindeutig benachteiligt sind.

Mehr Solidarität statt mehr Markt

Im Sinne einer sozial ausgerichteten, solidarisch organisierten Krankenversicherung fordert die Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte daher seit Jahren, dass alle Bür-

ger in einer Bürgerversicherung versichert werden. Die gesetzliche Krankenversicherung und ihre solidarischen Elemente müssen weiter ausgebaut werden. Es darf nicht sein, dass gerade die Reichsten in der Gesellschaft – nämlich die, die sich privat versichern können – nicht Mitglied in der solidarischen Krankenversicherung sind. Der von der Bundesregierung beschlossene Gesundheitsfonds, der 2009 in Kraft treten soll, wird daran nichts ändern. Es darf nicht sein, dass der Zugang zur Gesundheitsversorgung vom Einkommen des Kranken abhängig ist. Aus vielen Untersuchungen ist bekannt, dass die Lebenserwartung bei Menschen mit niedrigem Einkommen signifikant geringer ist als bei de-

nen mit höherem Einkommen. So hat die Bevölkerung im Landkreis Starnberg die höchste Lebenserwartung in Deutschland. Zuzahlungen wie Praxisgebühr, Rezeptgebühren und die zehn Euro pro Krankenhaustag treffen Patienten mit niedrigem Einkommen so sehr, dass notwendige Arztbesuche nicht stattfinden und Rezepte nicht eingelöst werden. Zusätzliche Krankheitsrisiken sind die Folge. Diese Zuzahlungen müssen wieder rückgängig gemacht werden.

Die hausärztliche Versorgung

Die Situation für die zuwendungsintensive, sprechende Medizin durch hausärztliche und psychotherapeutische Versorgung ist in den letzten Jahren schwieriger geworden. Das liegt in aller erster Linie daran, dass technische Medizin finanziell besser belohnt wird. Die in diesem Jahr in Kraft getretene Gebührenordnung hat dazu geführt, dass insbesondere bei den Hausärzten die so genannten Gesprächsziffern abgeschafft wurden und die Pauschale, die pro Patienten je Quartal zur Verfügung steht, nicht entsprechend angeglichen wurde. Hausärzte müssen besser honoriert werden, um eine bedarfsgerechte hausärztliche Versorgung zu gewährleisten. Der Ausstieg aus dem System der kassenärztlichen Versorgung, wie er von Teilen des Hausärztesverbandes derzeit gefordert wird, würde die Versorgung hingegen gefährden. Verteilungskämpfe innerhalb der Ärzteschaft dürfen nicht auf dem Rücken der Patienten ausgetragen werden.

Stationäre Versorgung

Die stationäre Versorgung in München wird durch das Städtische Klinikum mit seinen Kliniken Bogenhausen, Harlaching, Neuperlach und Schwabing, die beiden Universitätskliniken, die ehemaligen Kreis-kliniken Pasing und Altperlach – jetzt Rhönklinikum AG – und weitere freie Träger und Privatkliniken gewährleistet. Die Kliniken des Städtischen Klinikums haben den Sicherstellungsauftrag, sie müssen jeden Patienten aufnehmen, der ihnen ein-

gewiesen wird. Alle Kliniken stehen inzwischen in Konkurrenz zueinander und kämpfen um die lukrativsten Patienten. Das sind die, bei denen die Vergütung durch die diagnosebezogenen Fallpauschalen höher ist als die entstehenden Kosten. Der finanzielle Druck auf die Kliniken ist so groß geworden, dass mit immer weniger Personal immer mehr Patienten versorgt werden müssen. Das trifft insbesondere das Pflegepersonal. Notwendige diagnostische und therapeutische Maßnahmen stehen allen Patienten in vollem Umfang zur Verfügung. Aber die Arbeitsbelastung der Beschäftigten in den Kliniken ist inzwischen so hoch, dass die Patienten nicht mehr die Pflege bekommen, die sie benötigen. Patienten, die beispielsweise beim Essen auf fremde Hilfe angewiesen sind, werden nicht mehr gefüttert. Sie sind auf die Hilfe ihrer Angehörigen angewiesen. Diese Entwicklung muss dringend durchbrochen werden. Die Kliniken brauchen eine andere Form der Finanzierung, wie es inzwischen auch von der Deutschen Krankenhausgesellschaft, den Gewerkschaften und den Klinikträgern verlangt wird.

Verglichen mit vielen Ländern der Welt hat Deutschland eine Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau, auch wenn es in Teilbereichen Defizite gibt. Nach den USA und der Schweiz ist das deutsche System aber das dritt teuerste. Gelder sind da. Sie müssen so eingesetzt werden, dass unabhängig von Einkommen und sozialem Status, alle Menschen die notwendige medizinische Versorgung bekommen.

*Gerhard Schwarzkopf-Steinhauser,
Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte
Fotos: Andreas Bauer*



Menschen ohne Krankenversicherung

Auch in München leben Menschen, die keinen Zugang zur medizinischen Versorgung haben. Für deutsche Staatsbürger wurde 2007 zwar eine Versicherungspflicht eingeführt – aber es wurden nicht alle erfasst.

Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, weil sie es nicht bezahlen können. Bei Notfallversorgungen droht ihnen die Abschiebung. Für solche Patienten wurden in den letzten Jahren mit dem „Café 104“ und der „Malteser Migranten Medizin“ zwei Anlaufpraxen gegründet.

Café 104

Augsburger Str. 13
Tel. 089 76702964 und 0160 95921817
beratung@cafe104.de
www.cafe104.de

Malteser Migranten Medizin

Romanplatz 5
Tel. 089 17117275
migrantenmedizin@mhd-muc.de

Gender Mainstreaming

Zwiespältige Bilanz

Geschlechtergerechtigkeit ist ein wesentliches Element nachhaltiger Entwicklung – so Kapitel 24 der Agenda 21. Das gilt für alle drei Dimensionen von Nachhaltigkeit: Bei ökonomischen Entscheidungen, ökologischen Entwicklungen oder sozialen Prozessen sind die Kategorie Geschlecht und die jeweiligen Auswirkungen auf die Geschlechter zu berücksichtigen. Die Verwaltungsagenda für die Stadtverwaltung München nimmt das im Ziel „Chancengleichheit“ auf. Leistet Gender Mainstreaming dazu in München einen Beitrag?

Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit in ihrer sozialpolitischen Perspektive meint eine dauerhafte Entwicklung von Gesellschaft, die auf Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und gleichberechtigte Beteiligung aller Gesellschaftsmitglieder gerichtet ist - unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, körperlicher Ausstattung oder unterschiedlichen Orientierungen. Auf Geschlechtergerechtigkeit bezogen sollen patriarchale Strukturen anhaltend beseitigt und Gleichstellung erkämpft werden. Nachhaltige Entwicklung fragt in kritisch-emanzipatorischer Absicht nach Krisen verursachenden Herrschaftsverhältnissen z. B. im Verhältnis des Menschen zur Natur. Gender konkretisiert das für das Verhältnis von Männern zu Frauen und analysiert Geschlechterrollen, Geschlechterkonstruktionen und hegemoniale Herrschaftsstrukturen. Die kritische Reflexion zielt auf die Überwindung dieser Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse und auf eine gerechte und gleichberechtigte Gesellschaft.

Gleichstellungsarbeit und Gender Mainstreaming

Nachhaltige Entwicklung bedarf einer Umsetzungsstrategie. Für das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit sind das Gleichstellungsarbeit und Gender Mainstreaming. Wie stehen diese beiden Ansätze zueinander? Die klassische Gleichstellungsarbeit war im Wesentlichen Frauenförderpolitik. Im Fokus standen Frauen, deren konkrete Benachteiligungen und darauf bezogene Lösungsoptionen. Mit Gender Mainstreaming findet ein Perspektivenwechsel von Frauen auf Geschlechter statt, d.h. auch Männer werden in die Pflicht ge-

nommen. Gender Mainstreaming ist konzipiert als Querschnittspolitik und setzt bei allen politischen Entscheidungen in allen Handlungsfeldern und auf allen Ebenen an. Das bedeutet Organisationsentwicklung und damit Führungsverantwortung.

Gender Mainstreaming erweitert den Fokus der Gleichstellungsarbeit und muss als Ergänzung der klassischen Frauenförderung verstanden werden. Als Doppelstrategie geht es weiterhin um die konkrete Förderung von Maßnahmen und Projekten der Mädchen- und Frauenarbeit und zugleich um strukturelle Veränderungen. Die Gender-Analyse kann dann zur Folge haben, dass es in einer Organisation gezielter Frauenförderung ebenso bedarf wie einer konkreten Männerpolitik, beispielsweise in Frauen dominierten pädagogischen Arbeitsfeldern. Eine solche Gender-Analyse nimmt die Geschlechterverhältnisse in den Blick, deren kulturelle und soziale Konstruktion und die Mechanismen, die dazu beitragen, diese Verhältnisse immer wieder zu reproduzieren. Fragen nach „doing gender“ in der Organisation beziehen sich darauf, die unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Frauen und Männern in allen Bereichen von vornherein zu berücksichtigen.

Gender Mainstreaming in München
München blickt auf eine lange Tradition der Förderung der Gleichstellung von Frauen zurück. Schon 1985 wurde die Gleichstellungsstelle für Frauen eingerichtet und zu deren Begleitung eine Stadtratskom-

mission geschaffen. In Dienstanweisungen des Oberbürgermeisters und in einer eigenständigen Gleichstellungssatzung wurden die Rechte der Stelle und die Pflichten der Referate festgelegt. Als Gleichstellungskonzept wurden die „Leitsätze 2000“ für das Personalwesen der Stadt München herausgegeben. Erstmals wird darin Bezug genommen auf Gender Mainstreaming. Im Kapitel „Verwaltungsreform“ heißt es etwa: Alle Reformverantwortlichen beachten und praktizieren den Gender Mainstreaming Gedanken. Die Geschlechterperspektive ist in allen Reformschritten, -maßnahmen und -planungen verankert.

Bemerkenswert trotz dieser Aktivitäten bleibt, dass es bis heute keine dezidierte Beschlussfassung auf der Basis einer grundsätzlichen Auseinandersetzung und eines positiven Bekenntnisses zu Gender Mainstreaming in München gibt. Strategische Anknüpfungspunkte sind eher nebenbei im Rahmen anderer Themen mitbeschlossen worden. Die Konsequenz: München verfolgt zwar Gender Mainstreaming als gesamtstädtische Strategie, setzt sie aber nicht top down um, sondern überlässt das den einzelnen Referaten mit der Folge fehlender Verbindlichkeit und großer Ungleichheiten.

Eine Ursache dafür dürfte in der ambivalenten Position der Münchner Gleichstellungsstelle zu finden sein. Sie hat in Gender Mainstreaming für München „nichts Neues“ gesehen, weil man schon immer so gearbeitet habe. Zugleich befürchtete sie,





dass Frauenförderung in den Hintergrund treten könne. Sie hat wenig dazu beigetragen, dass Gender Mainstreaming zu einer verbindlichen, von Politik und Verwaltungsspitze verantworteten Gesamtstrategie wird. Andererseits hat sie angeregt, Gender-Aspekte zu einem integralen Bestandteil der Verwaltungsreform zu machen. Und sie hat dazu beigetragen, dass 2004 ein Beschluss zu Gender-Budgeting und damit für eine geschlechtsdifferenzierte Haushaltsplanung gefasst werden konnte. Erfolgreich war die Gleichstellungsstelle auch in der betrieblichen Gleichstellungspolitik.

Es gibt viele positive Beispiele für geschlechtsdifferenzierte Arbeitsansätze (z. B. Beauftragte und Fachstellen in den pädagogischen Bereichen), für die stärkere Berücksichtigung von Fraueninteressen bei Planung und Leistungserbringung (z. B. im Gesundheitsbereich und in der planenden Verwaltung) oder für fachliche Netzwerkarbeit (z. B. Fachforum Münchner Mädchenarbeit oder Fachausschuss Frauen und Gesundheit). Es gibt aber zu wenige Beispiele für eine gute Praxis von Gender Mainstreaming.

Das verantwortliche Personal- und Organisationsreferat hat sich selbst keinem Gender Mainstreaming-Prozess unterzogen. Es hat aber in den „Leitsätzen 2000“ Gleichstellungsarbeit konzeptionell mit Gender Mainstreaming verbunden. Es bietet im Rahmen seiner Qualifizierungsverantwortung Fortbildungen zum Thema an und för-

dert insoweit Gender Mainstreaming-Prozesse in den Organisationsbereichen.

Schon seit Beginn der 1990er Jahre gab es im Referat für Stadtplanung und Bauordnung erfolgreiche Bemühungen, Fraueninteressen in die Münchner Stadtplanung einzubringen. Im Verwaltungsreformprozess wurde gezielt ein stärkeres Genderbewusstsein der männlichen Beschäftigten durch neu konzipierte Seminare gestärkt. Aktuell verfolgt das Planungsreferat eine „genderechte Stadtentwicklung“ zur Integration der Stadtgesellschaft und hält sie für „unverzichtbar zur Qualitätssicherung integrierter Stadtentwicklungsplanung“. Gezielt werden Instrumente des Gender Mainstreaming nach innen und außen, z.B. in Pilotprojekten genutzt.

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft fördert Gender-Budgeting. Es geht darum, dass die Gleichstellungsorientierung auch deutlich wird bei der Vergabe öffentlicher Mittel. Es sollen für die Existenzgründungs-, Beschäftigungs- und Tourismusförderung Indikatoren für ein Monitoring entwickelt werden, um Fördermaßnahmen und lokale wirtschaftliche Aktivitäten zu evaluieren und deren Effizienz und Effektivität auch im Hinblick auf eine gleichstellungsorientierte Wirkung zu bewerten. Mit dem Münchner „Cross-Mentoring-Programm“ werden Frauen durch zusätzliche Kompetenzen, Praxiserfahrungen, Kontakte und Coaching dabei unterstützt, Führungspositionen anzustreben und zu erreichen und die so genannte „gläserne Decke“ zu durchbrechen (*die „gläserne Decke“ beschreibt das Phänomen, dass hochqualifizierte Frauen oft im mittleren Management an unsichtbaren Barrieren hängen bleiben; Anm. d. Red.*).

Engagiert sind das Sozialreferat und modellhaft das Stadtjugendamt. Das Sozialreferat hat seit 2003 klare Aussagen zu Gender Mainstreaming in seinen jährlichen strategischen Zielen. Operationalisiert sind diese beispielsweise in Gender-Schulungen für alle Führungskräfte. Das Stadtjugendamt hat nach vielen Jahren geschlechtsdifferenzierter Pädagogik und von Frauenförderung 2002 Gender Mainstreaming als verbindliche Strategie definiert. Im Umsetzungsprozess sind die Verantwortung der Führungsebene festgelegt, ein Zielkatalog beschlossen und eine Umsetzungsstruktur geschaffen worden. Verbunden wurde die Top-down-Verantwortung der Führung mit Bottom-up-Elementen zur Beteiligung der Mitarbeiterschaft. Der Einstieg war eine flächendeckende Schulung aller Führungskräfte durch Gender-Kompetenz-Trainings. Jede Abteilung hat eigene Gender-Ziele, die regelmäßig überprüft wurden. Der gesamte Prozess ist wissenschaftlich evaluiert worden. Auch wenn

noch viele Probleme und Lücken deutlich geworden sind, bleibt festzuhalten, dass kein (Jugend-)Amt dieser Größenordnung bundesweit sich einem solchen Prozess unterzogen hat.

Die Bilanz erscheint zwiespältig: Gender Mainstreaming ist noch nicht Element einer nachhaltigen Entwicklung in München. Trotz einer Fülle von positiven Aktivitäten zur Frauenförderung fehlt es an einer die Stadtverwaltung und die von ihr geförderten freien Träger verpflichtenden Gesamtstrategie zur Umsetzung von Gender Mainstreaming – und damit an einer konsequenten Gender-Analyse und der jeweiligen Prüfung, welche Auswirkungen die politischen bzw. Verwaltungsentscheidungen auf die Geschlechter haben.

Herausforderungen

Das ist auch die entscheidende Herausforderung im Sinne von Nachhaltigkeit: Gender Mainstreaming als dauerhafter und Organisation verändernder Prozess zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit muss in München als Top-down-Strategie verbindlich beschlossen, strukturell verankert und zielorientiert umgesetzt werden. Gender Mainstreaming sollte eingebettet sein in ein kommunales Gesamtkonzept der Querschnittsaufgaben. „Gestaltung von Vielfalt“ wird zu einer entscheidenden kommunalen Zukunftsaufgabe. München leistet sich den Luxus, für die unterschiedlichen Dimensionen von Vielfalt – Geschlecht, Ethnie, Alter, Behinderung, sexuelle Orientierung – eine ebensolche Vielfalt an organisatorischen Lösungen geschaffen zu haben. Sinnvoll wäre eine querschnittspolitische Gesamtstrategie zur synergetischen Verbindung von Gender Mainstreaming, Interkultureller Öffnung, Inklusion Behinderter, Berücksichtigung von Alter und Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen. Dabei könnte man voneinander lernen, z. B. von der strategischen Klarheit und Umsetzungsdynamik des Münchner Integrationskonzeptes, und die vorhandenen Erfahrungen und Instrumente aus der Organisations-, Personal- oder Qualitätsentwicklung übergreifend und effektiv nutzen. Eine solche institutionelle Gesamtstrategie würde differenzierte und profilierte Einzelstrategien für die jeweiligen Vielfaltdimensionen nicht überflüssig machen. Im Gegenteil: Gender Mainstreaming und Gleichstellungsarbeit bleiben auf der Agenda.

Hubertus Schröder,
ehemaliger Leiter des Stadtjugendamtes
Foto: Andreas Bauer



Auf großem Fuß

Wir verbrauchen zu viel Natur

Ein München, das im Norden fast nach Nürnberg, im Südosten bis hinter Salzburg, im Süden bis zum Brenner und im Westen weiter als Neu-Ulm reicht? Eine Fläche von beinahe 5,5 Millionen Hektar – so groß ist der „Ökologische Fußabdruck“ der Münchnerinnen und Münchner.

Der Ökologische Fußabdruck veranschaulicht, wie viel Natur von uns verbraucht wird. Dieses Flächenmaß ist abhängig von vielen verschiedenen Parametern, unter anderem vom individuellen Lebensstil und vom Konsumverhalten. Wenn die von uns beanspruchte Naturfläche die weltweit im Schnitt zur Verfügung stehende Fläche überschreitet, geht unsere Lebensweise zu Lasten anderer Länder und zukünftiger Generationen.

Würde man die Nutzung von Acker-, Weide-, Wald- und Meeresflächen gerecht auf die gesamte Weltbevölkerung verteilen, stünden jedem Menschen 2,14 Hektar zu. Berücksichtigt man zudem die Fläche, die die anderen 15 Millionen Arten auf der Erde benötigen, sind es nur noch 1,88 Hektar. Ein Wert, den wir nicht überschreiten sollten, wollen wir nachhaltig leben.

Dem von der WWF veröffentlichten „Living Planet Report 2006“ zufolge betrug der Ökologische Fußabdruck der Menschheit im Jahr 2003 etwa 14,1 Milliarden Hektar – eine Flächeninanspruchnahme pro Kopf von 2,23 Hektar. Rund 25 Prozent zuviel für die biologischen Ressourcen unserer Erde. 25 Prozent, die auf das Konto der reichen Länder gehen: Während ein Afrikaner lediglich 1,1 Hektar und ein Inder nur 0,8 Hektar benötigen, verbraucht ein Deutscher etwa 4,55 Hektar im Jahr, ein Amerikaner 9,6 Hektar und ein Araber gar 11,9 Hektar.

Auch der durchschnittliche Münchner verbraucht zu viel Natur. Für das Jahr 2003 ermittelte der Agraringenieur Christoph Klebel im Auftrag der Landeshauptstadt eine durchschnittliche Fußabdrucksfläche von 4,32 Hektar pro Einwohner. Um eine solche Lebensweise allen Erdenbewohnern zu ermöglichen, wäre mindestens ein weiterer Planet vom Ausmaß der Erde nötig. Das Naturkapital Münchens ist bei weitem nicht groß genug, um den Konsum seiner Bevölkerung nachhaltig zu befriedigen.

Große Potenziale

Wohnen und Ernährung machten zusammen etwa zwei Drittel des gesamten Fußabdrucks von München aus. „Hier liegen auch die größten Potenziale zur Verringerung des Naturverbrauchs“, sagt Klebel. Als bedeutende Maßnahmen zu einer Ver-

minderung des Ökologischen Fußabdrucks nennt der Wissenschaftler den Einsatz von moderner Heiz- und Wärmedämmtechnik sowie die Altbausanierung. Auch ein umweltgerechteres Mobilitätsverhalten und die Einschränkung des Konsums an tierischen Nahrungsmitteln bei gleichzeitigem Ersatz durch pflanzliche Produkte hätte nach Klebels Überzeugung eine Senkung des Naturverbrauchs zur Folge. Als dringendste Maßnahme empfehle sich allerdings, den Anteil der regenerativen Energien zu steigern: „Für den überdurchschnittlich großen Fußabdruck Münchens ist vor allem unser Energieverbrauch an fossilen Energieträgern verantwortlich. Wirklich viel wäre daher gewonnen, wenn man alle fossilen Energieträger durch regenerative ersetzen würde“.

So wirkt sich der hohe Anteil an Wasserkraft schon positiv auf die Fußabdrucksfläche der Münchner aus: Sie ist etwas kleiner als die des durchschnittlichen Deutschen. Ein weiterer Grund ist die fehlende Schwerindustrie. Negativ schlägt zu Buche, dass der Konsum höher ist. Auch wenn die Besserverdienenden mehr und mehr ökologisch erzeugte Lebensmittel bevorzugen oder auch mal nachhaltig verreisen: Jeglicher Konsum ist stets an den Einsatz von Energie gebunden. Mehr Geld bedeutet zwar nicht zwangsläufig, aber doch in vielen Fällen mehrere Autos, mehr Flugreisen, eine größere Wohnung, einen höheren Verbrauch an Konsumgütern und damit letztlich einen größeren Ökologischen Fußabdruck. Die intensivere Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder Car-Sharing-Angeboten, die Vermeidung von Müll, ein sparsamer Umgang mit Wasser, der Wechsel zu einem Ökostrom-Anbieter, die Verwendung von Recyclingpapier oder der Kauf von biologischen und regionalen Lebensmitteln sind nur einige Beispiele, wie wir der gegenwärtigen übermäßigen Ressourcennutzung einen Riegel vorschieben können.

Sarah Gröger
Foto: Thomas Rath

Fußabdrucksrechner im Netz

www.latschlatsch.de

Projekt der BUND-Jugend
recht ausführlich: insgesamt 31 Fragen
zusätzliche Tipps und Empfehlungen
gut vor allem für Jugendliche

www.mein-fussabdruck.at

Projekt des österreichischen Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
ziemlich ausführlich: insgesamt 35 Fragen
Tipps für jeden Bereich
empfehlenswert

www.footprint.ch

Projekt des WWF
in deutsch, englisch, französisch
sehr ausführlich: ca. 40 Fragen
sehr empfehlenswert

www.fussabdrucksrechner.at

Projekt der TU Graz
leider recht unübersichtlich
ca. 25 Fragen
wenig empfehlenswert



Die unter der Brücke leben

„Brücken bauen“ heißt das Motto des 850sten Stadtgeburtstags. Wir haben hinter die Kulissen geschaut und wollten wissen, wie es um die Menschen bestellt ist, die unter der Brücke leben.

Die Statistiken sagen Erfreuliches: Die Zahl derer, die in München kein Dach über dem Kopf haben, hat sich seit Mitte der 1990er Jahre fast halbiert. Zu diesem Ergebnis kam die Gruppe für Sozialwissenschaftliche Forschung (GfS) in einer Untersuchung Mitte letzten Jahres. Die Hochrechnung auf das gesamte Jahr 2007 ermittelte 339 Obdachlose – 1995 waren es noch 607. Das ist deshalb bemerkenswert, weil bundesweit die Zahl derer steigt, die „Platte machen“.

Wer macht Platte?

Laut Definition sind Obdachlose Menschen, die die Grundlagen bürgerlicher Existenz – Wohnen, Erwerbsarbeit, Einkommen – verloren und mindestens 15 Tage während eines Monats im Freien übernachtet haben. Männer sind mit 86 Prozent Frauen gegenüber deutlich in der Überzahl. Erfreulich ist der Rückgang jüngerer Menschen: Der Anteil der unter 40-jährigen sank von einem Drittel 1995 auf etwa ein Viertel 2007. Jünger als 20 war kein einziger.

Jüngst Zugezogene sind eher selten auf der Straße zu finden; mehr als die Hälfte der Obdachlosen lebt schon länger als 20 Jahre in München. Und wer einmal unter der Brücke ist, bleibt da nicht für alle Zeiten. Jeder Zweite ist weniger als fünf Jahre ohne Obdach, jeder siebte jedoch mehr als 15 Jahre lang.

Mit rund 85 Prozent dominieren Deutsche die Gruppenstruktur, wobei sich die Zahl der Menschen mit anderen Staatsangehörigkeiten von gut zwei auf 15 Prozent mehr als versechsfacht hat. Geschuldet ist das laut Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe der EU-Erweiterung, da verstärkt Migranten aus Osteuropa auf der Straße landen, wenn sie keine Arbeit finden.

Was sind die Ursachen?

Schlechte Ausbildung, häufig wechselnde Jobs, Arbeitsplatzverlust, der meist finanzielle Schwierigkeiten nach sich zieht, und/oder Partnerkonflikte, häufig kombiniert mit Alkoholproblemen bahnen den Weg in die Obdachlosigkeit. Immerhin 20 Prozent nehmen ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe nicht wahr – weil sie kein Selbstvertrauen mehr haben, weil sie Ausländer sind, keine Papiere (mehr) besitzen, Kommunikationsdefizite haben oder einfach unabhängig sein wollen. Gegen Wohnheime gibt es bei Obdachlosen einige Vorbehalte aufgrund falscher Informationen oder schlechter Erfahrungen. Manche beklagen, dass es keine Angebote für Paare gibt oder sie ihren Hund nicht mitnehmen können.

Angebot deutlich verbessert

Dabei hat sich das Wohnangebot für Obdachlose in München deutlich verbessert: Seit 1996 sind zehn neue Wohnheime aufgemacht worden, drei für Frauen und sieben für Männer. Das Angebot an Plätzen für psychisch Kranke, Suchtkranke und ältere Obdachlose ist gestiegen, inzwischen gibt es vorwiegend Zwei- und sogar Einbettzimmer. Das alles und der Ausbau der ambulanten und stationären Hilfen haben vermutlich dazu geführt, dass die Zahl der Obdachlosen in München rückläufig ist, ganz im Gegensatz zu anderen Städten. Keine andere Stadt kann ein solch differenziertes System an Hilfsangeboten vorweisen.

Null Prozent wird es nicht geben

Trotz aller Verbesserungen wird es weiterhin Menschen unter der Brücke geben. Die Angst vor zu dichtem Zusammenleben, noch dazu mit Fremden, die Angst,

bestohlen zu werden, die Angst vor Konflikten und vor zu großen Einschränkungen der persönlichen Freiheiten – dies kommt für viele einer Entmündigung gleich. Diese Menschen ziehen ein „freies“ Leben auf der Straße vor, wenigstens für ein paar Jahre.

Weil das Verhältnis zwischen Einkommen und Ausgaben immer weiter auseinandergeht und gerade in München die Lebenshaltungskosten vergleichsweise hoch sind, weil die Altersarmut tendenziell ansteigt, wird sich das Problem möglicherweise wieder verschärfen. Um dem entgegenzuwirken, sollten die Angebote weiter ausgebaut werden. Die Richtung der Stadt München stimmt offenbar.

Christina Hacker
Fotos: Thomas Rath



Umweltinstitut München e.V.



Herausgegeben vom Umweltinstitut München e.V.

Anschrift für Verlag, verantwortlichen Redakteur und Anzeigenverantwortlichen:
 Umweltinstitut München e.V.
 Verein zur Erforschung und Verminderung der Umweltbelastung
 Landwehrstr. 64a
 80336 München
 Tel.: (089) 30 77 49-0
 Fax: (089) 30 77 49-20
 E-Mail: a21@umweltinstitut.org
 Internet: www.umweltinstitut.org

Redaktion Thomas Rath, Christina Hacker (verantwortlich für Redaktion und Anzeigen), Harald Nestler
Gestaltung Druck Thomas Rath
 ulenspiegel druck gmbh
 Birkenstraße 3
 82346 Andechs
Anzeigen Versand Es gilt die Anzeigenliste 2005
 Klebeck und Partner,
 Kolbermoor
Auflage 13.500

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Verfasserin/des Verfassers und nicht in jedem Fall die der Redaktion wieder.
 Zitieren erwünscht, bitte mit Quellenangabe!
 Titelbild: www.pixelio.de

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
 15.07.2008

Unterstützen Sie die Agenda-Zeitung!
 Schalten Sie eine Anzeige oder spenden Sie an folgendes

Spendenkonto:
 Umweltinstitut München e.V.
 Bank für Sozialwirtschaft München
 BLZ 700 205 00 - Konto 88 311 01
Stichwort AGENDA 21

Mit freundlicher Unterstützung der



Landeshauptstadt München
Referat für Gesundheit und Umwelt

Die **Münchner Stadtgespräche** entstehen in Zusammenarbeit und mit Förderung des Referates für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München.

100% Recyclingpapier

Dieses Heft kann im Internet unter der Adresse www.muenchner-stadtgespraeche.de als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Referat für Gesundheit und Umwelt

Agenda 21-Büro

Bayerstr. 28a, 80335 München
 E-Mail: agenda21.rgu@muenchen.de
www.agenda21-muenchen.de
 Angelika Lintzmeyer, Tel.: 089-233-47 560
 Joachim Schwanck, Tel.: 089-233-47 558
 Fax: 089-233-47 542 oder -47 557

Agenda 21- Koordination Eine Welt c/o RGU

Heinz Schulze
 Bayerstraße 28a, 80335 München
 Zimmer 5029
 Telefon: 089-233-47 561
 Fax: 089233-47 542
 E-Mail:
agendaeinewelt.rgu@muenchen.de

Ökologisches Bildungszentrum

Angelika Bachmann, Martin Ehrlinger
 Engelschalkinger Str. 166
 81927 München
 Tel.: 089-93 94 89 60
 Fax: 089-93 94 89 81
 E-Mail: mail@oebz.de

Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München

Klenzestraße 37/Rgb.,
 80469 München
 Tel.: 089-202 38-111
 Fax: 089-202 38-113
 E-Mail: mail@bszm.de
www.bszm.de
www.lifeguide-muenchen.de
www.sinn-muenchen.de

Regelmäßige Information über Agenda-Termine im kostenfreien Newsletter bei:

www.muenchner-stadtgespraeche.de

6. Juni bis 17. Juli, 11 bis 19 Uhr

„Zukunft findet Stadt“

Wie und wo wird unsere Stadt weiter gebaut? Wie bewegen wir uns in Zukunft durch die Stadt? Und wie sieht das Zusammenleben in München im Jahr 2050 aus? Die Ausstellung „Zukunft findet Stadt“ wagt einen Blick in die Zukunft. Ob Klima, Ökologie, Mobilität, Bildung und Wissen, Siedlungsentwicklung oder das Zusammenleben in der Stadt – die Ausstellung versucht Fragen zu stellen, die die Stadt in den nächsten Jahren beschäftigen werden. Eine Ausstellung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung in Kooperation mit dem Kulturreferat.
 Ort: Rathausgalerie, Marienplatz
www.muenchen.de/plan

ab 10. Juni, Mo. bis Fr., 10 bis 18 Uhr

StadtBauPlan – 850 Jahre Stadtentwicklung

Die Ausstellung wirft einen Blick auf die Entwicklung der Stadt von ihrer Gründung im Jahr 1158 bis heute. Sie verfolgt die im Stadtbild ablesbaren Spuren zu den wichtigsten Wegmarken, Umbrüchen und Neuerungen, die zur Besonderheit Münchens beitragen. Anhand historischer und aktueller Stadtkarten, Stadtansichten und Planungsdokumente wird die Stadt „lesbar“ gemacht. Audio-visuelle Medien ermöglichen die Auseinandersetzung mit den Planungsprozessen und der Entwicklung der Stadt.

Ort: Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Blumenstraße
www.muenchen.de/plan

7. Juli, 19 Uhr

Stadtentwicklung in München – Rückblick und Ausblick

Der „Architekturclub – Reden und Streiten über Architektur“ widmet sich der 850-Jahr-Feier Münchens. Namhafte Vertreter der Münchner Architektur- und Stadtplanungsszene diskutieren über die Entwicklung von Architektur und Städtebau in München seit dem letzten großen Stadtjubiläum 1958 sowie über Ideen und Perspektiven für die Zukunft.

Ort: Haus der Architektur, Waisenhausstr. 4
www.byak.de

Alle Termine zum Stadtgeburtstag:
www.muenchen850.de

